

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 getippt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Notverordnung und Wirtschaftskrise.

Der 1. Dezember 1930 wird in der Geschichte der deutschen Republik eine besondere Bedeutung für alle Zeiten behalten. In diesem Tage hat der Reichspräsident nicht weniger als 25 Gesetze auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt. Der Reichstag stand also bei seinem Zusammenritt vor einer vollendeten Tatsache. In einem parlamentarischen Staat ist ein solcher Schritt ganz ungewöhnlich. Die Regierung bewegt sich auf der Grenze der Verletzung der verfassungsmäßigen Grundlagen. Wohl haben vor der endgültigen Formulierung der in Kraft getretenen Gesetze umfangreiche Verhandlungen mit den Fraktionsführern, ferner im Haushaltsausschuß des Reichstages und im Reichsrat stattgefunden.

„Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ nennt man den Akt, den der Reichspräsident mit seiner Unterschrift am 1. Dezember vollzogen hat. An dieser Stelle wollen wir hauptsächlich die Änderungen erwähnen, die die Sozialgesetze erfahren haben. Da sind vor allem die

Änderungen der Krankenversicherung.

1. Die Arzneigebühr wird völlig aufgehoben: a) sofern die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als 10 Tage dauert; b) für sämtliche Arbeitslose; c) für alle Personen, die aus der Invaliden-, Angestelltenversicherung und Unfallversicherung Rente oder Ruhegehalt beziehen; d) das gleiche gilt für Schwerbeschädigte; e) für Tuberkulose- und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge eine Bescheinigung beibringen. 2. Für die Krankenscheingebühren gelten dieselben Freibestimmungen wie für die Arzneigebühr. Außerdem kann der Krankenschein nachher geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder in dringenden Fällen. 3. Bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die neben dem Krankengeld ihr volles Gehalt beziehen, muß künftig der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt werden. Außerdem kann das Krankengeld erhöht werden. 4. Das Hausgeld war durch die Notverordnung auf die Hälfte gekürzt worden. Jetzt wird den Krankenkassen das Recht gegeben, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen.

Die Arbeitslosenversicherung.

1. Den Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren soll der ihnen durch die Notverordnung genommene Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung wiedergegeben werden. 2. Der § 105a der Arbeitslosenversicherung, wonach die Unterstützungsätze bei einer unter 52 Wochen liegenden Anwartschaft gekürzt werden, wird dadurch verbessert, daß der Berechnungszeitraum von 18 Monaten auf 24 Monate ausgedehnt wird. 3. In Fällen, in denen die dem Versicherten ordnungsgemäß abgezogenen Beiträge durch die Unternehmer nicht abgeführt worden sind, muß trotzdem dem Versicherten die Unterstützung in voller Höhe gewährt werden.

Zweifellos sind die Gesetze über die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung in vielen Punkten verbessert worden. Das ist den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei zu danken. Es gelang ferner, der berühmten Bürgersteuer die Giftzähne auszubrechen. Steuerfrei sollen sein: ältere Familienangehörige, Arbeitslose, Kriegsbeschädigte und Sozialrentner. Die Bürgersteuer soll gestaffelt werden. Für Einkommen unter 1200 Mk. gilt der Satz von 3 Mk. Bei höheren Einkommen wird die Steuer wesentlich verschärft.

RGO.

50 Prozent Lohnerhöhung. Zusammenbruch des Streiks.

Wir haben zu wenig Irenhäuser. Laufen doch heute Leute herum, die der Meinung sind, sie könnten unter den herrigen Wirtschafts- und Machtverhältnissen eine 50prozentige Lohnerhöhung durchführen. Oder sind diese RGO-Führer nicht dieser Meinung?

Über den Vorgang selbst lesen wir in der Nummer 267 der Arnstädter „Volkszeitung“ vom 14. November 1930:

„Der Streik in dem Glashüttenwerk in Geraberg ist beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist inzwischen erfolgt. Der Streik wurde von der sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO.) zur höheren Ehre Moskaus eingeleitet und auch „geführt“. Beendet freilich hat ihn der Fabrikarbeiterverband, an den sich die Streikenden gewandt hatten. Mit kommunistischem Phrasengeröll, Verleumdung und Beschimpfung der Angestellten des Fabrikarbeiterverbandes, mit beräuflicher und gewerkschaftlicher Unerschrockenheit und Hilflosigkeit und außergewöhnlicher Gewissenlosigkeit traktierten die auf die Geraberger Glashüttenarbeiter losgelassenen Scharlatane Wloch, Stephan und Konsorten die von ihnen betrogene Arbeiterschaft. In einer Zeit allerhöchster Wirtschaftskrise, in der die Gewerkschaften das Maximum ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Könnens anzubieten haben, um den gegenwärtigen Lohnstand zu halten, belogen und betrogen gewerkschaftliche Narren und wirtschaftliche und politische Wegelagerer und Freiberuter die Arbeiter, formulierten Forderungen von 50 Prozent — fünfzig Prozent — Lohnerhöhung und darüber und gawakelten deren Durchführung vor. Indessen, der Schwindel war selbst

der zum großen Teil radikal eingestellten Betriebsbelegschaft zu grandios und hanebüchsen, so daß die Mehrheit das komödienhafte Spiel bald genug durchschaute und den Drahtziehern die Gefolgschaft verweigerte.

Der Fabrikarbeiterverband sorgte dafür, daß die Wiederaufnahme der Arbeit mit möglichst geringen Nachteilen für die Betriebsbelegschaft erfolgte. Ganz konnte er freilich das von der RGO. angerichtete Unheil nicht wieder gutmachen. Einzelne der ultraradikalen Heißsporne, darunter der Betriebsratsvorsitzende Knobloch, werden zunächst nicht wieder eingestellt. Die Rolle, die Knobloch vor dem Arbeitsgericht in Ilmenau spielte, war geradezu jämmerlich. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts sagte ihm, daß er seine Sache „verkorkt“ angefangen habe und mit seiner Klage abgewiesen werden müsse.

Wer

sich für die unsauberen Machenschaften der RGO. gebrauchen läßt, wer für sie wirkt, ihr angehört, der kämpft gegen die Einheit der Gewerkschaften. Er kann nicht mehr Mitglied unseres Verbandes sein. Mit dem Ausscheiden aus unserem Verbandsverband infolge seiner Tätigkeit für die RGO.

verzichtet

er auf alle in unserem Verbandsverband erworbenen statutarischen Rechte, wofür ihm die kommunistische RGO. nichts bieten kann. Zu dem materiellen Verlust kommt auch noch der moralische, denn wer für die Zerschlagung der Arbeiterfront, für die Zerschlagung der Gewerkschaften wirkt,

auf

den können seine bisherigen besten und klügsten Kameraden, seine bisherigen Mitkämpfer nur mit Verachtung sehen, denn er nützt dem Klassenfeind. Die RGO. ist der Sammelplatz verworrenen Geistes, verärgelter Menschen oder dunkler Elemente. Wer zur RGO. geht, der verleugnet

seine

bessere Einsicht, der verzichtet auf seine Überzeugung, denn nunmehr muß er sich dem Diktat irgendeines Menschen unterordnen, von dem er nicht weiß, wofür er ist. Ist es nicht besser, du bleibst in deiner Organisation und behältst deine

Verbandsunterstützung?

Wir meinen nicht nur etwa die geldliche Unterstützung, sondern auch die moralische, die nur aus der Solidarität quillt.

Die Abstimmung über die den Streik beendigende Vereinbarung, die die Zahlstelle Ilmenau des Fabrikarbeiterverbandes mit dem Schußverband Deutscher Glasfabriken getroffen hatte, ergab die Annahme in der Streikversammlung mit 37 gegen 24 Stimmen.

Eine Anzahl jüngerer Leute — der Sturmtrupp der RGO. — die nie einen Verbandsbeitrag zahlten, die vielmehr diese unrevolutionäre Aufgabe den anderen überlassen hatten, die Firma bereits einige Zeit vorher demütig winselnd schriftlich um Wiedereinstellung gebeten.

Der Vorgang in Geraberg ist ein Warnungsbeispiel für diejenigen, die arglos und harmlos genug sein sollten, den dunklen Gestalten der RGO. und ihren abenteuerlichen Plänen zu folgen.

Zusammenbruch des kommunistischen Straßenbahnerstreiks in Chemnitz.

Die RGO., also die kommunistische Partei, hatte in Chemnitz einen Streik angezettelt. Sechsjährige Schuljungen hatten sich bei der Einleitung und „Führung“ dieses Streiks auch nicht dämmern anstellen können als die RGO.-Führer. Von 1400 Straßenbahnern waren 220 so naiv, den ebenso unsfähigen wie gewissenlosen Maulhelden von der RGO. Folge zu leisten und in den Streik zu treten. Eine ganze Anzahl Familienväter sitzen nun arbeitslos auf der Straße. Das ist der „glänzende“ Erfolg des von der RGO. eingeleiteten Streiks. Es ist bedauerlich, daß es immer noch Arbeiter gibt, die jedem hemmungslosen, geistig minderwertigen Menschen mehr Vertrauen entgegenbringen als einem erfahrenen und verantwortungsbewußten Gewerkschaftsführer. Nach zwölfjähriger Erfahrung könnte jeder wissen, daß die RGO. kein Interesse an Wohlergehen der Arbeiterfamilien hat, sondern nur an deren Elend. Die RGO. arbeitet nur für das Unternehmertum.

Kampf dem kommunistischen Wahnsinn.

Am Sonntag, dem 23. November, fand im Gewerkschaftshaus zu Königsberg i. Pr. eine gutbesuchte Konferenz des Gau 5 statt, die sich in der Hauptsache mit den Spaltungsabsichten der RGO. und der Bekämpfung der RGO. befaßte. Vertreten waren alle Zahlstellen. Außerdem hatten sich, zahlreiche Funktionäre der Zahlstelle Königsberg als Zuhörer eingefunden. Vom Hauptvorstand war Kollege Brey erschienen, der zum Hauptthema der Konferenz, „Die Spaltungsversuche der RGO. innerhalb des Verbandes und ihre Abwehr“, ein sehr aufschlußreiches Referat hielt. Kollege Brey führte ungefähr aus: Nichts zeige die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Moskauer Internationale deutlicher, als der im Jahre 1928 vorgenommene Frontwechsel. Den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern wurde unter Hinweis auf die bisherige falsche Anwendung der „Einheitsfront“ die Spaltung der Gewerkschaften zur Pflicht gemacht. Kommunistische Gewerkschaftler, die das Verderbliche einer solchen Handlungsweise einsahen und auch zum Ausdruck brachten, wurden aus der RGO. ausgeschlossen. Diesen Auseinandersetzungen innerhalb der RGO. verdanken wir manches Eingeständnis, das im anderen Falle streng geheim gehalten worden wäre. Dazu gehört der von dem ausgeschlossenen Gaim im „Volksrecht“ veröffentlichte Anspruch Losowskys in einer Sitzung der Profintern in der ersten Dezemberwoche 1928 in Moskau: Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen. Losowsky hat damit erklärt, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung zerfallen werden muß, um die Mißerfolge der RGO. zu verschleiern. In Deutschland wird die Spaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter vor allem von einem gewissen Steffen schon seit Jahren versucht. Aus dem Glasarbeiterverband wegen seiner Größe ausgeschlossen, hat er die Spaltung gleich in großzügiger Weise versucht und einen „Verband für die Chemie-, Papier-, Glas- und Keramikarbeiter“ gegründet. Dieses Verbandschen gibt eine Zeitung heraus, die im „Selbstverlag“ von „Erich Steffen“ (Berlin) erscheint. Dieses Blättchen, von dem bis jetzt vier Nummern erschienen sind, ist von Kopf bis Fuß auf Lügen eingestellt. Kollege Brey gibt ein Beispiel aus Nr. 4 bekannt. Unter der Überschrift: „Der Streik ist unsere Waffe“ erschien ein Artikel, in dem von einem Vertragsabschluss in der chemischen Industrie die Rede ist. Bei diesem Abschluß sollten die sozialen und bisherigen Gehaltszulagen bis auf 0,5 Pf. abgebaut, die gleitende Lohnskala nach unten eingeführt worden sein, die Vertragsdauer selbst soll 24 Jahre betragen. Weder dem Hauptvorstand noch dem Gauleitungen war von einem derartigen Abschluß etwas bekannt. Wohl aber hatte der Arbeitgeberverband einen derartigen Entwurf ausgearbeitet und ihn der „Reichszeitung“ des Herrn Steffen zur Verfügung gestellt, nicht aber dem Verbandsrat der Fabrikarbeiter. Steffen stellt nun in seiner Zeitung die Sache so hin, als wenn der Verband der Fabrikarbeiter diesen Abschluß gestiftet hätte, obwohl er wußte, daß dies nicht wahr ist. Die leitenden Personen im Fabrikarbeiterverband sind es zwar gewohnt, wegen ihrer Taktik von der RGO. mit Schmutz und Dreck bemorfen zu werden. Würde der Vorstand den kommunistischen Wünschen Rechnung zu tragen versuchen, so müßte ihm der Prozeß gemacht werden wegen Verstoß gegen das Statut.

Der Redner streifte dann die Taktik der Kommunisten in Rußland und der RGO. überhaupt. Der frühere Vorsitzende der RGO., Losowsky, beklagte sich auf einem Kongreß der RGO. sehr lebhaft über das Unvermögen und die Unzulänglichkeit der kommunistischen Aktivität in den Gewerkschaften. Er erklärt dies mit der brutalen Verfolgung der Kommunisten durch die Reformisten. Unsere kommunistischen Mitglieder können sich außerhalb des Verbandes betätigen, wie sie wollen, aber innerhalb des Verbandes haben sie sich dem Statut und den Beschlüssen zu fügen. Es ist eine Unwahrheit, daß Kommunisten von uns verfolgt wurden. Wir haben sie ausschließen müssen und werden sie weiter ausschließen, wenn sie innerhalb unserer Organisation kommunistische Partoten betreiben. Losowsky sagt: „Um die Reformisten zu entlarven, müssen wir in den Ländern, wo wir revolutionäre Verbände haben, es durchsetzen, daß die Tarifverträge von der RGO. abgeschlossen werden, wobei die Verträge möglichst kurzfristig sein müssen. Wir müssen uns für dezentralisierte Tarifverträge aussprechen, die von Tarifausschüssen für einzelne Bezirke, Berufe oder Betriebsgruppen abgeschlossen werden.“ Wo findet sich ein Unternehmer, der derartige Verträge abschließt? Bei dem Abschluß von Verträgen bestimmen zwei, nicht einer. Bei sinkender Konjunktur sind langfristige Tarife ein Vorteil. Leider hängt es nicht allein von uns ab, wie die Tarife ausfallen, entscheidend ist dabei die Wirtschaftslage. Die Unternehmer wollen heute am liebsten überhaupt keine Tarifverträge mehr abschließen, um beim Lohnabbau freie Hand zu haben. Steffen bietet den Unternehmern Handlangerdienste, denn er will auch keine Tarifverträge, sondern sein Ziel ist der „revolutionäre Streik“. Nach den Richtlinien, die unter der Überschrift: „Du mußt wissen“, in der Reichszeitung erschienen, soll von Organisierten sowie Unorganisierten ganz regellos beschlossen werden, was geschieden soll. Daß dabei betriebsfremde Elemente den ausschlaggebenden Faktor spielen, ist sicher. Aus der Kaffe der RGO. sind Unterstützungen auch nicht zu erwarten, denn die Mittel hierzu sollen ja erst gesammelt werden.

Wer von unseren Mitgliedern den Aufforderungen der RGO. Folge leistet und in der RGO. tätig ist oder wird, der verliert alle Rechte in unserer Organisation, also seine Unterstützungsansprüche. Wir möchten unsere Kollegen auch warnen, den Parolen zu folgen. Durch Gewalttätige das Bestehende umzuwandeln. Diese Möglichkeit ist nicht gegeben, und wer den Versuch macht, der wird einen Zustand herausbeschwören, der sich noch schlimmer und trostloser gestalten wird für sich und seine Familie als bisher.

Der ultraradikale Gewerkschaftsbund macht die Gewerkschaften zur Pflicht, jeden Konflikt durch Schlichtung möglichst bald zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen. Tomski erklärte auf dem 14. Kongreß der RGO., daß Anstände in Staatsbetrieben grundsätzlich nicht vorkommen dürfen. Arbeitsstreitigkeiten in solchen Betrieben müssen durch das Einigungs- und Schlichtungsverfahren ersetzt werden. In Privatbetrieben ist zwar jede Art des Kampfes erlaubt, doch soll ein Streik erst durchgeführt werden, wenn das Schlichtungsverfahren ergebnislos verläuft. Warum für die anderen Länder eine andere Taktik? Daß die russischen Bonzen mehr Einsicht und Erfahrung als die deutschen besitzen, ist doch kaum anzunehmen. Das Schlichtungswesen in Deutschland findet den ungeteilten Beifall der Gewerkschaften nicht, aber immerhin ist es in Deutschland noch nicht vorgekommen, daß 44 Prozent aller Anträge der Arbeitnehmer von den Schlichtungsstellen abschlägig beschieden wurden, wie es nach amtlicher Darstellung in Rußland im Jahre 1927 der Fall war.

In Ausland hat man plötzlich die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft. Die russische Telegraphenagentur brachte am 11. Oktober die ungeheure Kunde: Auf Befehl der Regierung ist die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung sofort einzustellen. Gleichzeitig veröffentlichte die „Pravda“ vom 11. Oktober den Text dieser Verordnung. Danach erfolgte die Einstellung der Auszahlungen von Unterstützung sofort, für das Vierteljahr Oktober-Dezember 1930 sind im Budget Mittel für die Auszahlung der Unterstützung nicht mehr vorgesehen. Ferner sind die Arbeitslosen für alle Arbeiten zu verwenden, denen sie zugewiesen werden, und endlich wären keinerlei Motive der Ablehnung einer zugewiesenen Arbeit anzuerkennen, außer durch Krankheitschein bestätigte Erkrankung. Durch die Verordnung wird praktisch die Zwangsarbeit in Russland eingeführt, denn nimmt ein Arbeiter die ihm zugewiesene Arbeit an, und sei sie 500 oder 1000 Kilometer von seinem Wohnort entfernt — nicht an, so wird er von den Arbeitsschleppern gefesselt. Der Zufall will es, daß in der gleichen Nummer der „Roten Fahne“, in der mit Begeisterung von der Einstellung der Unterstützungszahlungen in der Sowjetunion gesprochen wird, ein Artikel über die sozialpolitischen Pläne des Ministers Trejtanov erschien, wonach die Arbeitspflicht eingeführt werden soll. Die „Rote Fahne“, die diesen Artikel veröffentlichte, spielte dabei die Entlastete. Wenn aber in Russland, dem Vaterland aller Werktätigen, die Zwangsarbeit eingeführt wird, so ist das ganz in der Ordnung. — Kollege Brey wies dann noch darauf hin, daß auch die Nazis und der Stahlhelm nach berühmtem kommunistischem Muster versuchen, in den Gewerkschaften sowie in allen Arbeitervereinen Zellen zu bilden. Die Gelben versuchen, in den Betrieben Einfluss zu gewinnen. Daß diese Bestrebungen nur vorgefaßt werden, um die Arbeiter für den Nationalsozialismus einzufangen, ist aus den Reden prominenter Führer ersichtlich. Von dieser Seite haben die Arbeiter keine Hilfe zu erwarten.

Den Spaltungsbestrebungen von rechts und links müssen wir unser volles Augenmerk zuwenden. In Ludwigshafen kamen die Kollegen, die den kommunistischen Parolen folgten, in das tiefste Elend. Mit trübenden Augen erzählten sie, daß sie ihren besten Hausrat nach dem Leihhaus bringen mußten, um über die schlimmste Not hinwegzukommen. Wir konnten ihnen nicht helfen, unsere Warnungen hatten sie in den Wind geschlagen. Ebenso war es im Leinwerk und in bayerischen Betrieben. Wir haben die Leute gewarnt und auf unser Statut verwiesen. Aber da trafen die Sendboten Moskaus auf und erklärten: Es gibt noch eine andere Hilfe, und diese Hilfe ist Generallstreik mit anschließender Weltrevolution. Da war natürlich alles Reden vergebens. Das Ergebnis war eine schimpfliche Niederlage, ein kläglicher Zusammenbruch, eine bedeutende Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wer einen derartigen Zusammenbruch nicht erleiden will, der bleibe der Fahne der Organisation treu, der helfe mit an dem Aufbau und Ausbau des Verbandes!

Nach einer regen Diskussion, an der sich Redner aus allen Zahlstellen beteiligten, wurde gegen zwei Stimmen folgende Resolution angenommen: Die am 23. November im Gewerkschaftshaus in Königsberg i. Pr. tagende Konferenz lehnt nach einem erschöpfenden Referat durch den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Brey, einmütig die Spaltungsabsichten der K.P.D. und der Roten Gewerkschaftsopposition ab. Die Teilnehmer der Konferenz verpflichten sich, in ihren Zahlstellen mit allen Mitteln für die Einheit des Verbandes sowie der gesamten Arbeiterbewegung einzutreten.

Im weiteren Verlaufe der Konferenz wurden noch organisatorische und agitatorische Verhältnisse im Gangebiet besprochen und der Beschluß einer Anzahl Wünsche unterbreitet. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden Drows konnte die Konferenz um 16 Uhr geschlossen werden. Hans Beyer.

Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Lohnabbau.

Die erschütterndste Erscheinung im Leben der Völker ist die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit, von der fast alle Staaten der Welt betroffen werden. Gleichzeitig ist aber auch die Weltkrise der beste Beweis für die Richtigkeit der Analyse des kapitalistischen Systems, die Marx und Engels in ihren Werken gegeben haben. Im „Anti-Dühring“ entwirft Engels folgendes Musterbild einer normalen Krise:

„Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabschätzbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermannen der Lebensmittel, weil sie zuviel Lebensmittel produziert haben, Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stokung, Produktionskräfte wie Produkte werden vergeudet und zerstört, bis die angehäuften Warenmassen unter größerer oder geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, um endlich nach dem halbbrecherischen Sprünge wieder anzulangen — im Graben des Krachs. Und so immer von neuem. Das haben wir nun seit 1825 volle fünfmal erlebt und erleben es in diesem Augenblick (1877) zum sechsten Male.“

Und wir erleben es 1930 wieder. Wobei noch bemerkt werden muß, daß heute infolge der Rationalisierung und der sozialen Umgestaltung nach dem Krache eine dauernde Krise der sogenannten Überproduktion besteht.

Die Zahl der Arbeitskräfte hat seit der Vorkriegszeit erheblich zugenommen. Vor dem Krache hatten wir 24 Millionen Erwerbsfähige, während es 1925 31,8 Millionen waren. Gegenüber der letzten Zählung von 1925 hat der Berufsstand der 15-jährigen Bevölkerung wesentliche Veränderungen erfahren. Nach den bisherigen Schätzungen ist die Zahl der Erwerbstätigen 1930 um volle zwei Millionen gegenüber 1925 angewachsen, nämlich auf 33,8 Millionen.

Der Produktionsapparat ist zwar erweitert worden, aber der Produktionsprozeß ist auch rationalisiert worden. Heute ist die Industrie der wichtigsten Branchen in Deutschland technisch so weit rationalisiert und hochgeschaltet, daß sie die zwei- bis dreifache Leistung dessen zu produzieren vermag, was sie heute abgeben kann. Ein recht drastisches Beispiel aus der Kasperlingindustrie zeigt offensichtlich die gewaltige Veränderung in der Produktion: Vor der Rationalisierung erzeugte ein Arbeiter bei einem Arbeitsprozeß der Schmelzen heißt, im Tag 32 000 Stück, nach der Rationalisierung auf dem laufenden Band 70 000 Stück. Während früher beim Härten die Tagesleistung 12 000 betrug, konnten jetzt auf dem laufenden Band 80 000 Stück in dieser Zeit gefertigt werden. Das Polieren der Kasperlingen ergab früher eine Stundenleistung von 50 Stück, nach der Rationalisierung 600 Stück, und beim Ätzen der Klängen gelang vor der Rationalisierung in der Woche einem Arbeiter eine

Leistung von 5000 Stück, jetzt in der Woche 96 000 Stück. Die Rationalisierung hat die erhoffte Besserung der Absatzmöglichkeiten nicht gebracht, weil sie nicht mit einer Verbilligung Hand in Hand ging. Durch die Lohnpolitik der Unternehmer wird außerdem die Kaufkraft der Massen vermindert. Der innere deutsche Markt wird dadurch ebenfalls geschwächt. Die größten Absatzmöglichkeiten bietet aber immer das Inland. Der Inlandsabsatz beträgt für Deutschland 80 Prozent der gesamten Produktion.

Die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosen zu beschäftigen, ist daher, auf neuer rationaler Grundlage die Produktion so weit auszudehnen, daß 3 1/2 Millionen Arbeitskräfte mehr gebraucht werden; anders ausgedrückt, die Voraussetzungen zu schaffen, daß für die hergestellten Gütermengen Absatzmöglichkeiten vorhanden sind. — Nur wenn es gelingt, die Aufnahmefähigkeit unseres eigenen Marktes an die Produktionskraft anzugleichen, erscheint das Wirtschaftsproblem lösbar. Diese Aufnahmefähigkeit wird bestimmt durch die Kaufkraft der Bevölkerung, und wenn man bedenkt, daß die deutsche Nation zu 70 Prozent vom Einkommen aus Arbeitslohn lebt, dann läßt sich das ebenso gut so ausdrücken: Die Absatzmöglichkeit für die deutsche Produktionswirtschaft wird bestimmt durch die Höhe des Lohnniveaus.

Aber die deutschen Unternehmer erblicken in den derzeitigen Löhnen das Grundübel der Wirtschaftslage. Sie sind der Meinung, oder geben wenigstens vor, es zu sein, daß eine Herabsetzung der Löhne das einzige Mittel sei, die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Besonders die deutschen Löhne seien besonders hoch.

Das Internationale Arbeitsamt hat eine Lohnsteigerungstabelle aufgestellt, danach ist der Stundenlohn in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit um 185 Prozent gestiegen, in England um 200 Prozent, in Schweden um 273 Prozent, in Dänemark um 264 Prozent, in den Vereinigten Staaten um 233 Prozent. Diese Zahlen beweisen also, daß die deutschen Löhne die deutsche Wirtschaft durchaus nicht konkurrenzunfähig machen. Geht es der deutschen Wirtschaft schlecht? In sehr starkem Widerspruch zu den Klagen über die ungünstige Lage der deutschen Wirtschaft stehen die Dividendenabschlüsse.

Ein Widerspruch.

Die Kapitalisten sind Gegner der Demokratie im eigenen Lande, sie schwärmen und wirken für „ihre“ Diktatur. Sie haben aber kein Vertrauen zu den Auslandsstaaten und verweigern ihnen die finanzielle Hilfe, deren Regierungen nicht gefragten sind vom Vertrauen der Majorität ihres Volkes, d. h. also, die nicht demokratisch regiert werden.

Bei den letzten Abschlüssen betragen die Dividenden:

Chemische Fabrik Bubenheim, AG., Mainz	15 Prozent
Polypbon-Konzern, Leipzig	20 Prozent
Vereinigte Strohhofabrik, Dresden	18 Prozent
Ammdorfer Papierfabrik	12 Prozent
Portland-Zementfabrik Germania	14 Prozent
Julius Berger, Tiefbau-AG.	20 Prozent
Siemens & Halske, AG.	14 Prozent
Berlin-Gubener Hutfabrik, AG.	16 Prozent
Feibisch, AG., Teppichfabrikation	20 Prozent
Roddergrube, AG., Braunkohlenwerke Rheinld.	30 Prozent
Dortmunder Union-Brauerei	18 Prozent

Diese Liste ließe sich noch verlängern, aber wegen Platzmangels haben wir nur vorstehende Firmen wahllos aufgeführt. Ein anderer Gradmesser dafür, daß es der deutschen Wirtschaft, deren Ausfuhr gestiegen ist, nicht schlecht geht, ist das jährliche Nationaleinkommen. Das deutsche Nationaleinkommen betrug im Jahre 1910 43 Milliarden Goldmark; auf den Kopf der Bevölkerung entfielen rund 600 Mark. Im Jahre 1929 schätzten zwei Institute, die Dresdner Bank und die deutsche Reichskreditanstalt, das jährliche Nationaleinkommen auf 70 Milliarden Goldmark, je Kopf der Bevölkerung 1120 Mark. Das bedeutet eine Steigerung des deutschen Nationaleinkommens um 25 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen sollte Hauptaufgabe der deutschen Wirtschaftsführung sein, aber diese versagt. Unserer gegenwärtigen Wirtschaft fehlt eine zentrale Leistung, die ständig die Produktion im Vergleich zum Warenbedarf regelt. Heute walteten die Wirtschaftskräfte blind; über Krisen, Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit geht der Weg zu erneutem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage.

Das diesem Elend, aus diesem immer wiederkehrenden Verfall des kapitalistischen Systems gibt es nur einen Ausweg, den Sozialismus. Dieser will das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum umwandeln; er will die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen. Dann erst wird die Produktion Befriedigung von Bedürfnissen der Gesellschaft und nicht Mittel zur Erzielung von Mehrwert, von kapitalistischem Profit, werden. Edwin Schlag.

Die Streikentschädigungsgesellschaften der Unternehmer.

Die Unternehmerverbände haben sich Streikentschädigungsgesellschaften angegliedert oder solche gegründet. Diese dienen dazu, die Unternehmer im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung finanziell zu unterstützen. Solche Streikversicherungen bestehen schon sehr lange. Im letzten Friedensjahr bestanden 19 solcher Gesellschaften. Diese Zahl ist infolge der Konzentration der Unternehmerverbände und ihres Zusammenschlusses in Spitzenvereinigungen erheblich zurückgegangen. Heute bestehen nur zwei maßgebende Organisationen, die die Unterstützung der Unternehmer bei Streiks und Aussperrungen besorgen. Es sind dies der Deutsche Streikschutz e. V., und der Deutsche Industrieschutz-Verband. Ersterer ist die Streikentschädigungsgesellschaft der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, während letzterer eine mehr oder

weniger unabhängige Gesellschaft darstellt. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat seit Jahren darauf hingewirkt, daß die Streikentschädigung nur von seiner Einrichtung, dem Deutschen Streikschutz, vorgenommen werden soll. Eine Satzungsbestimmung sieht vor, daß das Eingehen einer Streikversicherung nur beim Deutschen Streikschutz gestattet werden kann, wenn nicht ein Anschluß an eine fachliche Entschädigungskasse der VVA. in Frage kommt. Diese Satzungsbestimmung hat bewirkt, daß die einzelnen fachlichen Entschädigungskassen sich dem Deutschen Streikschutz angeschlossen haben oder mit ihm eine Rückversicherung eingingen. Das hat aber nicht gehindert, daß neue fachliche Entschädigungskassen gegründet wurden. Aber alle diese fachlichen Entschädigungskassen stehen mit dem Deutschen Streikschutz in Rückversicherung.

Was die finanzielle Stärke der Streikentschädigungskassen der Unternehmer anbetrifft, so wird auf ein Anwachsen der Vermögensbestände hingewiesen. Nach dem Geschäftsbericht der VVA. wird der Deutsche Streikschutz in diesem Jahre über einen Vermögensbestand von 4 Millionen Mark verfügen. Die Beitragseinnahmen sind gestiegen von 651 000 Mark im Jahre 1926 auf 1 830 000 Mark im Jahre 1929. Die Beiträge werden nach zwei Grundätzen vorgenommen: einmal auf der Basis der Generalunkosten, wo der Beitrag 1,5 v. H. der für die Versicherung angemeldeten Summen beträgt, und nach der Lohnsumme, wo ein Beitrag von 0,3 v. H. erhoben wird. Der Deutsche Industrieschutz-Verband erhebt keine festen Beiträge, sondern die Höhe derselben wird mit den Mitgliedern vereinbart und beträgt je nach Art und Lage des Betriebes das für das jeweilige Beitragsjahr festgesetzte Mehrfache, höchstens das Fünffache der Maximalentschädigung, die mit den Mitgliedern für den Tag einer vollen Arbeitseinstellung vereinbart wird.

Die finanzielle Miffung der Unternehmer bezüglich der Streiks und Aussperrungen hat namentlich für die Gegenwart erhöhtes Interesse. Die Unternehmer rechnen wohl selbst damit, daß die von ihnen mit Hochdruck und leider mit Unterstützung der Reichsregierung erfolgte Herabsetzung des allgemeinen Lebensstandards der arbeitenden Schichten nicht ohne schwere Kämpfe abgehen wird. Deshalb haben sie bereits frühzeitig vorgesorgt und ihre Streikentschädigungsgesellschaften finanziell gekräftigt. Daraus sollten die Arbeiter und Angehörigen die Lehre ziehen, daß sie zur Stärkung ihrer Gewerkschaftskassen unter allen Umständen verpflichtet sind.

Zahltag! Freuden!

Zahltag ist's, und der Meister teilt die Lohntüten aus. Es ist nicht viel, was drin ist, im günstigen Fall sind es fünfzig Mark, oft nur dreißig, bei vielen kaum zwanzig und bei manchen noch weniger. Noch kurz bevor wir den Beutel in der Hand hatten, freuten wir uns auf das Geld. Und nun? — Nun steht wieder eine Woche vor uns. Eine Woche heißt es haushalten und sparen. Auf wieviel müssen wir doch verzichten! Und all das, was wir uns unsere Lieben so dringend brauchen, Wäsche, Schuhe und Kleidung, dafür können wir diesmal wieder nichts zurücklegen. Es will nicht einmal zum Leben langen! Wie viele Kollegen müssen doch am Ende der Woche ihre Flasche Bier, ja, oft sogar ihre liebe Zigarette entbehren. Ach, wie sehne ich mich nach ihr. Wer das fühlen könnte, der würde mich fragen, ob er mir eine schenken dürfe.

Ein schlimmer Winter steht uns bevor. Schlecht genug ist's heute schon. Jermüht durch lange Kurzarbeit stehen die Kollegen in den Betrieben, umlauert vom Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Am Lohnntag rollt ein düsteres Bild vor unseren Augen ab. Gar mancher gute Kollege läßt sich da gehen und klagt über die hohen Abzüge. Er spürt sie zuerst, er denkt nicht weiter, denkt nicht an die anderen, auch nicht an die, welche schon monatelang auf der Straße liegen.

Wir alle werden schwer von den Abzügen getroffen, aber wir fragen sie. Freudig? Nein, das wäre zuviel verlangt. Wir fragen sie, weil wir wissen: „es muß sein!“ Morgen schon kann es uns treffen, sei es ein Unfall, Krankheit oder gar Erwerbslosigkeit. Auf unser aller Schultern ruht die Sozialversicherung, aber sie darf uns nie eine Last sein. Ist es nicht hohe Pflicht, geradezu eine Befriedigung, daß der Gesunde dem Kranken, der Verdienende dem Arbeitslosen hilft? Und wißt ihr es denn nicht, ihr Murrer, daß euer Arbeitgeber für euch mitzahlen muß? Wenn der einzelne eine Mark Beitrag zur Erwerbslosenversicherung zahlt, und wir sind fünfhundert in unserer Bude, dann muß doch unsere Firma auch fünfhundert Mark zahlen.

Meint ihr vielleicht, sie zahlt die Summe freiwillig? Nein, niemals! Sie zahlt, weil sie muß. Wie sträuben sich die Unternehmer dagegen, wie heulen sie, mit welcher Gewalt laufen sie Sturm, um diese und auch die anderen Sozialbeiträge von sich abzuwälzen, um damit der ihnen so verhassten Sozialversicherung den Todesstoß zu geben.

Kollege, du handelst unwissend und falsch, wenn du gegen die Sozialabzüge murrst. Ja, nicht nur das, du handelst direkt selbstmörderisch; du stärkst damit die Front derer, die uns die Sozialversicherung zerschlagen wollen. Du verhilfst deinen Ausbeutern zu höherem Profit und drückt dir und uns die Löhne.

Daran denke! Und dann in diesen bitteren Tagen die Zähne aufeinandergebissen und zusammengeschalten: „Einer für alle und alle für einen!“ R. B.

Frauenfragen.

Der Arbeiterinnenrat nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1929.

II. Der umfassende Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbehörden gibt einen Überblick, wie sich die ungünstigen Verhältnisse auch auf den Schutz der Arbeiterinnen auswirken. Der schwache Geschäftsgang, der vielfach Kurzarbeit mit sich brachte, gab des öfteren Veranlassung zu Arbeitszeitüberschreitungen an den Tagen, wo größere Aufträge zur Erledigung standen. Die Arbeiterinnen leisteten, um drohende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit abzuwenden, Überarbeit, auch über die gesetzlich zulässige Dauer hinaus. In mehreren Fällen

und verschiedenen Gewerbezeihen wurden starke Überschreitungen der Arbeitszeit zur Anzeige gebracht; es handelt sich dabei um Arbeiter, die mitunter wochenlang über zehn Stunden täglich, einmal sogar 15 Stunden 40 Minuten dauerten. Auch bei Doppelschichten kamen Überschreitungen der gesetzlichen Grenzen vor. In einem Fall konnte ermittelt werden, daß die Arbeiterinnen, um einen Wochenfeiertag nachzuholen, bis 1 Uhr nachts arbeiteten, obgleich die gesetzlichen Vorschriften lauten, daß die Arbeitszeit der Arbeiterinnen sich nicht nach 22 Uhr erstrecken soll. Ebenfalls mußte wiederholt dem § 137 Abs. 2 der Gewerbeordnung, der für Arbeiterinnen den früheren Arbeitsschluß an den Vorabenden der Sonn- und Festtage vorschreibt, durch Strafverfolgung Beachtung verschafft werden.

Das Bestreben der Arbeiterinnen, die Pausen möglichst kurz zu gestalten, um ein früheres Arbeitsende herbeizuführen, wurde in vielen Fällen festgestellt. Bei neunstündiger Arbeitszeit wurde meist vorgezogen, eine Vormittagspause einzulegen, und die dafür aufzuwendende Zeit an der Mittagspause einzusparen. Die für Schichtenbetrieb vorgeschriebene ½stündige Pause wurde öfter nicht eingehalten. In einer Fabrik wurden die während des Arbeitsvorganges unregelmäßig entstehenden kurzen Pausen zur eiligen Einnahme der Nahrung benutzt. Diesen Zustand wünschte die Firma durch Genehmigung zu beseitigen, was ihr für ½ Jahr gestattet wurde unter der Bedingung, daß in dieser Zeit der Arbeitsvorgang derart umgestaltet wird, daß er die Einhaltung der gesetzlichen Ruhepausen ermöglicht.

In anderen Fällen wurde auch Genehmigung erteilt, den Verkehrsverhältnissen entsprechend die Arbeitszeit über 22 Uhr auszuweihen, wenn morgens die Arbeit später aufgenommen wird. Verschiedentlich wurde auch auf Antrag der Unternehmer die Erlaubnis erteilt, die Arbeiterinnen an Vorabenden vor Sonn- und Festtagen über 17 Uhr hinaus zu beschäftigen; zum Teil bis 19 bzw. 19 ½ Uhr. — Von unserem Standpunkt aus läßt sich dazu natürlich allerlei sagen, zumal das Jahr 1929 schon ganz in die beginnende scharfe Wirtschaftskrise hineingehört.

Einem Steinbruchunternehmer wurde gestattet, bis zu 15 über 18 Jahre alte Arbeiterinnen mit der Herstellung von Chausseesteinen (Schotter und Klarschlag) zu beschäftigen. Solche Arbeiten sollten unserer Ansicht nach Männern überlassen bleiben, denn hier werden Frauen doch nur für direkte Schwerarbeit in Anspruch genommen, ganz zu schweigen davon, daß sie billiger schufsten als Männer. Schließlich sind die Männer in der Umgebung arbeitslos und bekommen diese Arbeit nicht, weil sie höhere Lohnansprüche stellen müssen. Über Schwerarbeit wird dann allerdings berichtet, daß zu schwere, für Frauen ungeeignete und insbesondere der Gesundheit unzutragliche Arbeiten einigemal ermittelt und abgestellt worden sind. Es handelt sich um Arbeiten an schweren Stangen in einer Metallwarenfabrik; in anderen Fällen um Transportarbeiten, wie Abladen von Baumstämmen in einer Kistenfabrik, Abtragen von Steinen in einer Schamottefabrik. In einer Ziegelei hatten bisher zwei Frauen je zwei nasse Steine von der Schneidemaschine abzuheben, nach Aufstellung einer neuen schnelllaufenden Maschine sollten sie drei dieser Steine, je ein Gewicht von 25 Pfund, abheben und transportieren. Mit Rücksicht darauf, daß diese „Handreichungen“ während der ganzen Arbeitszeit und noch unter Rücken und Hinanreichen der Lasten zu leisten sind und einen Aufwand an Körperkraft verlangen, dem die Konstitution der Frau nicht entsprechen kann, wurde darauf gedrungen, daß diese schwere Arbeit Männern zugewiesen wird. Ferner gelang es, andere schwere und gesundheitschädigende Arbeiten (im Puder z. B. in der Glasindustrie) abzustellen bzw. durch bessere hygienische Einrichtungen und Einhaltung der vorgeschriebenen Schutzbestimmungen erträglicher zu gestalten.

In Hamburg wurde in einem Betriebe der Textilindustrie die gesamte Belegschaft, vier Arbeiter und 52 Arbeiterinnen, eine Woche lang bis zu 14 Stunden täglich beschäftigt. Der Arbeitgeber wurde mit 60 Mk. bestraft. Ein anderes Verfahren betraf den verantwortlichen Leiter einer Fischkonservenfabrik in Kuzhauen. Er hatte die genehmigte Arbeitszeit weit überschritten und Arbeiterinnen bis zu 17 ½ Stunden beschäftigt. Das Amtsgericht Kuzhauen bedachte ihn mit einer Geldstrafe von 200 Mk. Nach der Berufung beim Landgericht Hamburg wurde die Strafe auf 40 Mk. ermäßigt. Was soll man dazu sagen? Ist das nicht geradezu ein Anreiz zu Gesetzesübertretungen? Beweist das nicht deutlich genug, daß die Arbeiterschaft selbst mehr aufpassen und gleich protestieren muß, bevor der Unternehmer seinen Willen durchgesetzt hat?

Im Regierungsbezirk Wiesbaden wurde die wiederholt festgestellte Beschäftigung von Arbeiterinnen bis zu 17 Stunden und die Nacharbeit in einer Sackflückerei mit einer Geldstrafe von nur 50 Mk. geahndet. Weitere Verstöße wurden besonders im Bekleidungsgerwerbe und in den Druckereien festgestellt. Strafen wurden bis zu 300 Mk. verhängt.

Nach dem Bericht aus dem Regierungsbezirk Liegnitz wurden, um Bleierkrankungen vorzubeugen, die Arbeiterinnen einer Glasiererei für Tonwaren, in der häufig Bleierkrankungen vorkamen, auf Anregung des Gewerbearztes regelmäßig ärztlich untersucht. Anfallige Arbeiterinnen wurden anderen Beschäftigungen zugeführt. In einer galvanischen Vernickelerei zog sich eine Arbeiterin die sogenannte „Nückelkrähe“ zu. In einer Papierfabrik mußte die Beförderung schwerer Ballen durch Frauen untersagt werden.

In der Provinz Schlesien wurden grobe Verstöße gegen den Arbeiterinnenschutz festgestellt. Es heißt u. a.: In zwei Ziegeleien wurden die Arbeiterinnen an den Sonntagen bis 18 Uhr und in zwei anderen Betrieben, einer Kalksandsteinfabrik und einem Kalkwerk, unzulässigerweise mit dem Transport und mit der Gewinnung von Rohmaterialien und der Befestigung des Abrahmes beschäftigt. In einer Waldwollfabrik wurden Arbeiterinnen noch nach 22 Uhr in der Nachschicht beschäftigt. Das eingeleitete Strafverfahren schwebt noch. Der Inhaber einer Honigkuchenfabrik wurde wegen Beschäftigung sämtlicher Arbeiterinnen nach 17 Uhr an Sonnabenden zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Von ungesetzlicher Mehrarbeit von Arbeit-

terinnen wurden ferner die Inhaber einer Honigkuchenfabrik und einer Pappfabrik bestraft. Der Vertreter einer Bau-firma wurde vom Oberlandesgericht (als Revisionsinstanz) wegen Beschäftigung von Arbeiterinnen mit dem Zuschütten eines Rohrgrabens zu 30 Mk. Geldstrafe rechtskräftig verurteilt. Von den Zuwiderhandlungen, die zur Verurteilung wegen Beschäftigung von Arbeiterinnen mit dem verbotenen Transport von Materialien auf Bauten führten, sind acht im Vorjahre und nur eine im Berichtsjahre begangen bzw. festgestellt worden. Dazu heißt es im Bericht weiter: „Diese Vergehen zeigten also einen erfreulichen Rückgang, was zweifelsohne durch die scharfe Verfolgung seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten in vorhergehenden Jahren und außerdem auch durch Einwirkung der zuständigen Arbeitgeberverbände (!) auf ihre Mitglieder zu erklären ist.“ — Der Wille der Beschäftigten gilt hier wohl einfach als ganz nebensächlich oder überflüssig.

Nationalsozialisten

bekämpfen die freigewerkschaftlich und politisch sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft nicht ideell. Das können sie auch gar nicht, denn dazu fehlen ihnen die geistigen Voraussetzungen. Deshalb kämpfen sie mit Messer und Schlagring, mit Revolver

und

Stinkbomben, genau wie es ihren Fähigkeiten entspricht. Die Nationalsozialisten sind die Kampfesfront des kapitalistischen Systems. Gefördert und unterstützt werden die Nationalsozialisten in ihrem Kampfe gegen die freiorganisierte Arbeiterschaft durch die

KPDisten

die mit den gleichen brutalen, keine Geistigkeit voraussetzenden Mitteln den Kampf führen gegen die Klassengenossen. Gewalt und Brutalität

sind

auch ihre hervorragendsten Kampfmittel. Vor Nord und Totschlag schrecken sie nicht zurück. Warum sollen auch die Lehrlinge besser sein als die russischen Meister? Nationalsozialisten und KPDisten sind gegen jeden sachlichen Kampf. Sie sind feige und hinterlistig als Einzelmensch, sie sind brutale „Helden“, wo sie in Scharen auftreten, sie sind die

Todfeinde

der Vernunft und der auch Todfeinde ihrer vernünftigen Klassengenossen. Sie bekämpfen ihren vermeintlichen Gegner, den Klassengenossen, schlimmer als Tiere es tun, sie töten ihn. Wer sich zu ihnen zählt,

der

fördert bewußt oder unbewußt, je nach seiner Intelligenz, die Sache des wirtschaftlichen Gegners der Arbeitnehmer und schädigt aufs schwerste seine eigenen und die Interessen der gesamten

Arbeiterschaft.

Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg wird berichtet, daß Zuwiderhandlungen gegen die Beschäftigungsbeschränkungen für Arbeiterinnen verschiedentlich festgestellt wurden, die aber zumeist auf gültlichem Wege abgestellt werden konnten. Eine Konservenfabrik beschäftigte z. B. von 5 Uhr an genehmigungsgemäß ihre Arbeiterinnen in zwei Schichten, unterließ es aber, die vorgeschriebene halbstündige Pause zu gewähren. Angeblich geschah dieses aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, jedoch machte es den Eindruck, als ob dadurch eine bessere Ausnutzung der Doppelschichten bezweckt worden wäre. In einer Uniformfabrik arbeiteten ferner die Arbeiterinnen auch Sonnabends neun Stunden, ebenso in einer mit einem Kaufhause verbundenen Konfektionswerkstatt, die sich bezüglich der Arbeitszeit nach dem „kaufmännischen“ Tarifvertrage richtete. Der Inhaber einer „Kunstdruckerei“ wurde zu 100 (einhundert) Mark Geldstrafe verurteilt, weil er Arbeiterinnen und Jugendliche mehrfach bis zu 24 Stunden beschäftigt hatte.

Auch im Regierungsbezirk Merseburg sind wiederholt Verstöße gegen die Sonderbestimmungen für Arbeiterinnen festgestellt worden. Diese betrafen mehrfach unzureichende Pausen, Überbeschäftigung an den Vorabenden der Sonn- und Festtage sowie unzulässige Nacharbeit.

Regierungsbezirk Erfurt berichtet u. a., daß gegen zwei Glasbläserbesitzer ein Strafverfahren wegen Beschäftigung von Arbeiterinnen als Einträgerinnen eingeleitet worden war, das dem einen eine Geldstrafe von 10 Mk. und dem anderen eine Strafe von 100 Mk. brachte. In einer Glasblaserei wurde gelegentlich eines tödlichen Unfalles, der eine jugendliche Arbeiterin betraf, festgestellt, daß diese entgegen den Bestimmungen der Bundesratsbekanntmachung vom 19. März 1913 mit Schleifarbeiten beschäftigt worden war. Der Inhaber wurde zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurteilt. (Rechtskräftig!)

Im Regierungsbezirk Lüneburg wurde verspäteter Arbeitsschluß für Arbeiterinnen bis 23 Uhr für vier Betriebe genehmigt. Verstöße gegen die Schutzbestimmungen führten fünfmal zu Bestrafungen in Höhe von 10 bis 100 Mk.

So geht es weiter. Recht muß und trocken wird hier regierungsseitig ein kleiner Bruchteil der bestehenden tatsächlichen Missetände enthüllt. Wäre der Einfluß der Arbeiterschaft noch geringer, würde vielleicht alles mit dem Mantel der „Nächstenliebe“ zugedeckt werden können. Wäre dagegen der gewerkschaftliche und parteipolitische Einfluß der sozialistischen Arbeiterschaft so groß, wie er sein könnte, läge es bestimmt besser aus.

Frauenkonferenz im Gau 13.

Am Sonntag, dem 30. November, tagte die zweite Frauenkonferenz in Frankfurt a. M. Über den 58 delegierten Funktionärinnen waren auch aus den meisten Jahrestellen noch Kollegen vertreten. Von der Gauleitung waren die Kollegen Bruns und Rühl und vom Hauptvorstand die Kollegin Jammert anwesend.

Nach herzlichen Begrüßungsworten eröffnete Kollege Bruns gegen 10 ½ Uhr die gut besetzte Konferenz. Sodann erteilte er der Kollegin Jammert das Wort zum ersten Tagesordnungspunkt: „Die Frauenfrage als gewerkschaftliches Problem“. Die Referentin führte ungefähr aus: Mehr als je muß es uns darauf ankommen, die erwerbstätigen Frauen und Mädchen mit dem Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation vertraut zu machen. Das ist aber jetzt besonders auch die große Aufgabe, die den Funktionärinnen unserer Organisation gestellt ist. Es darf auch von den Frauen nicht verkannt werden, daß die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen sehr stark abhängig ist vom politischen Einfluß der Arbeiterschaft in den Parlamenten und in sonstigen Körperschaften. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist, um die Frauen auch von der Tragweite und Bedeutung des gewerkschaftlichen und politischen Tageskampfes zu überzeugen. Selbstverständlich stehen in den wirtschaftlichen Notzeiten, wie wir sie durchleben, die wirtschaftspolitischen Fragen im Vordergrund. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt, weil immer mehr Frauen infolge der Arbeitslosigkeit des Mannes zum Mitverdienen gezwungen werden. Die Fabrikarbeit wird dabei bevorzugt, denn neben größerer Freizügigkeit hat sie den Vorteil, daß zumeist geordnete Arbeitsverhältnisse und tarifliche, geregelte und gesicherte Löhne vorhanden sind sowie Arbeitser- und Arbeiterschutz mehr eingehalten werden. Die Gewerkschaften kämpfen schon immer um bessere Frauenlöhne und um den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes und sorgen für Erhaltung des Erreichten. Aber nicht immer haben die Kolleginnen die große Aufgabe erkannt, in den Gewerkschaften selbst mitzukämpfen.

Nach eingehenden Ausführungen über das prozentuale Verhältnis der weiblichen Beschäftigten in den Industrien unseres Organisationsbereichs und über die Tätigkeit des Verbandes auf lohn- und kulturpolitischem Gebiet erlittet die Referentin daran, wie schwer es früher war, den Arbeiterinnen den Weg zur Organisation freizumachen, und daß es heute um so dringender ist, durch größere, aktive Anteilnahme am Gewerkschaftskampf mitzubelfen, die Zukunftsaufgaben zu lösen.

Eine rege Diskussion, an der sich sechs Kolleginnen und sechs Kollegen beteiligten, schloß sich an die Ausführungen der Kollegin Jammert an. Die Akkordarbeit der Frauen fand eingehende Betrachtung. Die Bedeutung unserer Presse wurde ebenfalls besprochen, auch das Gebiet „Doppelverdiener“, unter Zugrundelegung des notwendigen gewerkschaftlichen Grundgesetzes wie auch der sozialen Erfordernisse.

Zu Punkt 2 sprach Kollege Bruns über die Arbeiterinnenkommission, die zum Zwecke der intensiveren Agitation notwendig geworden sei. Kollegin Jammert teilte einige Erfahrungen aus anderen Gauen mit. Es wurde dann auch beschlossen, die Gau-Arbeiterinnenkommission zu bilden. Die Kolleginnen, die dieser Kommission angehören sollen, werden in den Jahrestellen gewählt und ihre Adressen sobald als möglich der Gauleitung mitgeteilt.

Sicher sind wir auch damit wieder einen Schritt weiter gekommen. Die Bedeutung der Frauenarbeitsarbeit und die unbedingte Notwendigkeit verstärkter gewerkschaftlicher Propaganda zwingen uns, alle nur möglichen Kräfte einzusetzen. Der Schluß der Tagung ergab, daß der Gau 13 ebenfalls Fortschritte in der Frauenwerbung durch Belebung der weiblichen Funktionalität erstrebt und alle Maßnahmen zur Vorbereitung der Winter- und Frühjahrsagitation treffen wird.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Notverordnung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Von Dr. med. Wilhelm Perls.

Im Deutschen Reichstag ist am 18. Februar 1927 das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angenommen worden, dessen Zweck es ist, die Geschlechtskrankheiten nach Möglichkeit zu vermindern. § 2 Abs. 1 des Gesetzes lautet: Wer an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies weiß oder den Umständen nach annehmen muß, hat die Pflicht, sich von einem für das Deutsche Reich approbierten Arzt behandeln zu lassen. . . . Die Notverordnung der deutschen Reichsregierung vom 26. Juli 1930 bestimmt, daß jedes Krankenkassenmitglied, das für ärztliche Behandlung einen Krankenschein verlangt, 50 Pf. an die Krankenkasse zahlen muß, und daß jedes Rezept, das in der Apotheke angefertigt wird, dort 50 Pf. kostet. Vergleicht man die gesetzliche Bestimmung und die Notverordnung miteinander, so sieht ein jeder, daß die Tendenz und die Wirkung beider in scharfem Gegensatz zueinander stehen. In dem Gesetz verlangt der Staat sofortige energische fachverständige Behandlung des Geschlechtskranken und hält ihn durch verschiedene Mittel, auf die hier einzugehen zu weit führen würde, so lange unter staatlicher Aufsicht, bis der Arzt mit gutem Gewissen ihn für geheilt und dadurch ungefährlich für seinen Mitbürger erklären kann, bekanntlich eine der schwierigsten Aufgaben, vor die sich der Arzt gestellt sieht und zu deren Durchführung eine Menge Zeit und Arbeit gehört. In der Notverordnung wird Millionen von Deutschen, nämlich allen Krankenkassenmitgliedern und deren Familienangehörigen, zirka zwei Drittel aller Bewohner Deutschlands, das Aufsuchen des Arztes und die Durchführung der ärztlichen Behandlung sehr erschwert. Eine Eigentümlichkeit der Geschlechtskrankheiten ist es, daß in einer sehr großen Anzahl von Fällen die Krankheit mit so leichten, unbedeutenden Erscheinungen beginnt, daß der von ihr Betroffene im Zweifel ist, ob er krank ist oder ob diese geringen Abweichungen vom Normalen nichts zu bedenken haben. Während bisher die dank der ärztlichen Aufklärung beinahe überwundene falsche Scham und Bequemlichkeit die einzigen Hemmnisse waren, sofort ärztliche Hilfe aufzusuchen, tritt jetzt hierzu als sehr wichtiges Moment die Geldausgabe, die für viele heute nicht gering ist und sie daher leicht zu dem Selbstbetrug verleiten wird: „Ach, es wird schon nichts sein“, und sie so lange warten läßt, bis die Beschwerden unerträglich geworden sind, was natürlich die Krankheit kompliziert, die Heilungsdauer bedeutend verlängert und die Ansteckungsgefahr bedeutend erhöht. Noch schlimmer als die Bezahlung des Krankenscheins wirkt sich bei den Geschlechtskranken die Zuzahlung zum ärztlichen Rezept aus. Während bei allen möglichen anderen Krankheiten der Arzt in der Lage ist, auf längere Zeit Arzneimittel zu verordnen, was natürlich keineswegs rationell, aber immerhin noch zu ertragen ist, ist dies bei einem großen Teil der Geschlechtskrankheiten unmöglich. Bei der Gonorrhoe ist die Art der Weiterbehandlung einzig und allein vom mikroskopischen Befunde, der vom Arzt ein- bis zweimal in der Woche erhoben werden muß, abhängig. Dieser allein entscheidet die Wahl und Konzentration des Mittels. Man kann also nicht für längere Zeit Verordnungen treffen, sondern muß bei jeder Beratung ein

neues Rezept verschreiben. Da dies jedesmal in der Apotheke 50 Pf. kostet, erwachsen dem Kranken relativ hohe Kosten, was natürlich für die korrekte Durchführung der Behandlung eine große Erschwerung bedeutet.

Mit diesen Ausführungen will ich natürlich nicht gegen die ganze Notverordnung Stellung nehmen; das ist eine Frage der Politik, die hier nicht zur Debatte steht, sondern ich will nur darauf, wie den Ärzten durch einzelne Bestimmungen der Notverordnung die wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erschwert wird, und das Gewissen der Öffentlichkeit dahin aufrütteln, gegen die das Volkswohl so schwer schädigenden Bestimmungen zu protestieren, damit eine Änderung eintritt, bevor es zu spät ist. Hier gilt mehr als je der Satz: videant consules ne quid detrimenti capiat res publica. (Die Konsuln, d. h. hier die Regierung, mögen sehen, daß die Republik keinen Schaden erleide.)

Lohn- und Tarifbewegungen.

Velfen. Den Hilfsarbeitern in der Veltener Kachelofenindustrie war von seiten der Arbeitgeber der Lohnsatz zum 30. September 1930 aufgehoben worden. 15 Prozent Lohnabzug sollten sich die Kollegen gefallen lassen. Man sprach von hohen Löhnen, was aber selbst dem Schlichter nicht recht verständlich war, und so kam auch kein Schiedsspruch zustande. Die Firma R. Blumenfeld, W., brachte dann einen Anschlag heraus, der einen Lohnabbau von 15 Prozent mit sofortiger Wirkung vorsah. Darauf trafen die Kollegen in den Abwehrkampf. Diese Firma mit ihrem sehr umfangreichen Beamtenapparat glaubte durch den geplanten Abzug ihren Betrieb sanieren zu können. Am 24. November kamen die übrigen Betriebe mit ähnlichen Anschlägen, nur mit dem Unterschied, den Lohn um 8 bzw. 11 Prozent abzuhauen. Auch hier trafen die Kollegen in den Abwehrkampf. Mit allen Mitteln versuchten die Ofenfabrikanten Streikbrecher heranzuziehen, was ihnen in einigen Fällen gelungen ist, doch war das Glück nicht von langer Dauer. Die Veltener Ofenarbeiter werden dafür sorgen, daß der Plan dieser Herren zerfallen wird. Inzwischen sind auch die Löhner in den Abwehrkampf eingetreten. Die Kollegen folgender Firmen stehen im Abwehrkampf: Blumenfeld, W., Polakowski, Köhler, Kalah, Aug. Senze, Karl Senze, O. Schmidt, Schönmann, Wollschläger und Zinner. Um Fernhaltung des Zuzuges wird gebeten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Elmsborn. Jubilärfest. Am 22. November fand im Carlshaus unter starker Beteiligung der Gesamtmitgliederschaft eine Jubilärfest für die Mitglieder statt, die 25 Jahre und länger dem Verband angehören. Unter Mitwirkung des Söhrbeckchen Orchesters und des Volkschors „Eintracht“ nahm die Feier einen imposanten Verlauf. Die Jubilare saßen mit ihren Frauen an einer besonderen Kaffeetafel. Nach dem wirkungsvollen vom Volkschor vorgelegenen Niede „Kronk den Tag“ brachte der Geschäftsführer, H. W. B. E. M. A. N., den 45 Jubilaren, darunter drei Kolleginnen, den Glückwunsch und Dank der Zahlstelle dar. Redner kam dann auf die Fortschritte der Organisation zu sprechen und unterrichtete besonders die erst kürzlich eingeführte Invalidentätterung, die manchem Veteranen der Arbeit einen besseren Lebensabend ermöglicht. Die Jugend möge den Ältern nachsehen, damit der Verband weiter ausgebaut werden könne. H. L. H. i. e. m. i. g. (Hannover) überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes, der Gaultierung und des Kreisamtes. Er dankte den Jubilaren und Mitgliedern für ihre opferbereite Arbeit am Bau der Gewerkschaft. Zwar habe die deutsche Arbeitererschaft schon viel ertragen, sei aber noch nicht reichbar der Wirtschaft. Das Fehlende müsse vorläufig ersetzt werden durch Ansbau und Stärkung der Organisation. Die Zahlstelle Elmsborn bestrebe nunmehr 36 Jahre und habe heute mit den Angehörigen 1500 Mitglieder. Elmsborn habe sich in der Verbandsgeschichte einen Namen erworben und gelte heute als Gauptstetter in der Bewegung. 25 Jahre Verbandstätigkeit sein, bedeute 25 Jahre Opfer an Zeit und Geld, fordere Begeisterung, Zähigkeit und Treue. Die Gewerkschaft habe Großes geleistet und werde noch Großeres leisten. So ist bis jetzt der Lohnabbau verhindert und andere Angriffe sind erfolgreich abgelehnt. Redner schloß mit einem Dank an jung und alt, an die Frauen und die Kolleginnen und mit einem Appell zur Wachsamkeit und weiteren Aktung. Jugend, vollende du, was die Ältern begonnen! Nach der Festansprache erfolgte die Übergabe der Ehrenurkunden durch den Kollegen Dreier. Leider waren vier Jubilare durch Krankheit an der Teilnahme verhindert. Dann folgte der gefellige Teil der Feier.

Reppig. Bildungsarbeit. Zur Unterstützung der angefallenen Kollegen haben wir in unserer Zahlstelle Brancheneinrichtungen geschaffen. Diese Brancheneinrichtungen sind so aufgebaut, daß aus allen größeren Betrieben eine Kollegin oder ein Kollege herangezogen wird, um im Verbandesleben mitzuarbeiten. Für alle uns zufließenden Branchen besteht eine solche Leistung. Die Arbeiter, die zu vornehmster Bed., werden in regelmäßig stattfindenden Sitzungen besprochen. Sie erstrecken sich außer auf Fragen der betreffenden Branchen hauptsächlich auf Erhaltung und Gewinnung von Mitgliedern durch Betriebs- und Hausorganisation. Um den Kolleginnen und Kollegen das nötige geistige Rüstzeug zu geben, damit sie den verschiedenen Arbeitskollektiven und -kollegen Aufklärung über das Werden und Wirken unseres Verbandes geben können, veranstaltete unsere Zahlstelle im November vier Fortabende. Am ersten Abend behandelte der Kollege J. A. n. e. r. „Die Entstehung der Gewerkschaften im allgemeinen“, dann folgte am nächsten Abend Kollege W. o. r. t. i. s. „Die Entstehung und Entwicklung unseres Verbandes“. Kollege S. c. h. m. a. u. sprach über die „Kontakation und was zuziehende Branchen“. Der Kollege H. e. i. n. r. i. c. h. baute am letzten Abend die Leistungen unseres Verbandes zu behandeln. Während die ersten beiden Abende in Vortragsform mit anschließender Diskussion behandelt wurden, wurde für die beiden letzten Abende die Form der Arbeitsgemeinschaft gewählt. An der ersten Aussprache bzw. an den lebhaftesten Fragen und Antworten bei den Arbeitsgemeinschaften sah man, daß das Interesse für diese Abende groß war. Manche Unstimmigkeiten konnte aufgeklärt werden, und vieles, vor allem Fragen der jüngeren Kollegen, wurde klar, welche Wege bei der Agitation beschritten werden können und welche Schritte überdacht werden müssen. Das Ziel unserer Brancheneinrichtungen ist jeder für die Agitation besser anzupassen, glauben wir zu haben. Wir hoffen auch, daß sich diese Abende zur großen unseres Verbandes auswirken werden, so daß wir neue Kämpfer gewinnen können, die dann mit uns gemeinsam den Kampf der sozialen Reaktion abwehren zum Nutzen unserer Mitglieder und schließlich zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung.

Leverkufen. In der J.-G. Farbenindustrie AG. sind zur Zeit 9232 Arbeiterinnen beschäftigt, davon entfallen auf Leverkufen 1300, die vorwiegend in der pharmazeutischen Abteilung arbeiten. Das ist gewiß eine stattliche Zahl, sie würde genügen, eine einflussreiche Arbeiterinnensektion im Verbands der Fabrikarbeiter zu bilden, wenn — ja wenn die Arbeiterinnen organisiert wären. Es ist ja so unendlich schwer, die Arbeiterinnen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Flugblätter werden oft mit geringfügiger Mühe abgewiesen, wenn sie angenommen werden, halten es die Arbeiterinnen oft nicht für notwendig, sie zu lesen. In Betriebsversammlungen kommen sie überhaupt nicht und bei Betriebsratswahlen verhalten sie sich passiv. So ist es bei uns in Leverkufen. Trotzdem sind immer wieder Versuche unternommen worden, den Organisationsgedanken bei den Arbeiterinnen zu wecken. Einen Versuch eigener Art, an die Arbeiterinnen heranzukommen, unternahmen wir am Sonnabend, dem 29. November. Die Arbeiterinnen wurden zu einem Unterhaltungsabend eingeladen, und siehe da, das Jungvolk, Männlein und Weiblein, das sonst in keiner Versammlung zu sehen ist, war zahlreich erschienen. In der Mitte der Veranstaltung stand die Kollegin J. a. m. e. r. t. (Hannover) mit ihren eindringlichen Worten, gerichtet an die werktätigen Frauen. Mit einer erfreulichen Aufmerksamkeit und Ruhe hörten die Anwesenden die aufrüttelnden Worte der Rednerin, die das Frauenleben im Zeitalter der Industrie und der Rationalisierung und die Erwerbsnotwendigkeit der weiblichen Familienangehörigen der Beschäftigten in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in klarer und verständlicher Weise schilderte. Der folgende starke Beifall bewies, daß die Rednerin verstanden worden war. Wir haben die Hoffnung, daß der Samen, der in dieser eigenartigen Versammlung gestreut wurde, aufgehen wird. Der Organisationsgedanke muß erst geweckt werden, dann wird auch die Tat folgen, der Eintritt in den Verband. Im Anschluß an die Rede wurden die Verbandsjubilare besonders geehrt. Die Kollegen Paul S. c. h. l. a. g. e und Christian L. e. h. m. e. i. e. r. übernahmen aus den Händen des Kollegen S. t. o. r. t. h. die Ehrenurkunde des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. In guter Harmonie, nach stöhlischem Humor des J. a. g. o. l. k. s. bei neugefesselter kollegialer Verbundenheit, wurde die Werbeveranstaltung des Verbandes beendet.

Schweinfurt. Jubilarehrung. Im Saale der Restauration „Bavaria“ fand am 22. November 1930, abends, eine Ehrung verdienter Mitglieder der Zahlstelle Schweinfurt statt. Nachdem ein Musikquartett die Feier eröffnet hatte, begrüßte Vorsitzender Treubert die zahlreich erschienenen und wünschte, daß der Abend allen ein paar stöhlische Stunden bringen möge. Fräulein K. e. n. n. e. r. k. n. e. c. h. t. fragte einen vom Gen. G. g. F. r. a. u. z. verfertigten Prolog wirkungsvoll vor, worauf Kollege S. c. h. m. a. u. s. (Nürnberg) die Festrede hielt, in der er die Entstehung des Verbandes und der Zahlstelle schilderte, was Schmaus um so besser konnte, da er längere Zeit in Schweinfurt den Posten des Geschäftsführers bekleidete und die Lohn- und Streikbewegungen mit den Jubilaren leitete. In großen Zügen gab er ein Bild über die Organisationsbewegung. Nur durch jähre Ausdauer und schwierige Arbeit wurde das bis jetzt Erreichte geschaffen. Kollege Geschäftsführer K. e. n. n. e. r. k. n. e. c. h. t. nahm hierauf die Ehrung der 25 Jubilare vor: A. u. i. n. g. e. r., M. a. t. h., B. e. n. z., L. e. o., B. r. i. l. l. e. r., J. o. s. e. p. h., B. i. e. r. m. a. n. n., J. o. h., G. e. n. k. e. r., J. o. s. e. p. h., E. n. g. l. e. r. t., J. o. s. e. p. h., E. n. d. r. e. s., G. r. e. g. o. r., M. a. r. k. n. e. r., J. o. s. e. p. h., J. a. u. b., V. a. l. e. n. t. i. n., H. o. f. b. a. u. e. r., A. u. g. u. s. t., S. ä. b. n. e. r., A. l. b. i. n., F. e. d. e. r. i. c. h., J. o. h. a. n. n., H. o. c. h. r. e. i. n., G. e. o. r. g., M. o. r. i. t., G. e. o. r. g., S. t. ä. b. l. e. i. n., L. u. d. w. i. g., S. c. h. l. e. g. e. l., A. n. t. o. n., S. c. h. n. a. b. e. l., S. e. b., S. c. h. m. i. d. t., G. u. d., S. t. e. i. g. l. e. d. e. r., L. o. r. e. n. z., S. e. l. l. m. a. n. n., A. n. d. r., W. i. l. h. e. l. m., F. r. a. n. z., W. e. t. t. e. r. i. c. h., H. e. i. n. r. i. c. h., J. o. h. a. n. n., S. ä. m. i. l. i. e. r., F. i. n. n. e. r. m. a. n. n., F. r. i. e. d. r. i. c. h., J. i. e. g. l. e. r., J. o. h. a. n. n. Sämtliche erhielten die Ehrenurkunde des Verbandes, außerdem die Festschrift zum 40-jährigen Bestehen nebst Vorkostenbeleg (guter Würzburger Wein. Die Red.) und Zigaretten, nachdem zuvor Kollege K. e. n. n. e. r. k. n. e. c. h. t. namens der Verwaltung den Dank für die jähre Ausdauer und unermüdete Mitarbeit in der Verwaltungsstelle übermittelte und an die Jugend den Appell richtete, die Ältern zum Vorbild zu nehmen und gemeinsam mit den Jubilaren dafür zu sorgen, daß der letzte Mann der Organisation zugeführt wird. Zur Erinnerung für die Ältern und zur Belehrung für die Jüngeren wurde der Film „Aufstieg“ unseres Verbandes vorgeführt, der die Besucher erheiterte und erschütterte, aber auch das Gelächers auslöste, für den weiteren Ausbau der Organisation die ganze Kraft einzusetzen.

Stade-Hemmoor. Am 29. November fand im Saale des Gewerkschaftsheim in Stade eine Mitgliederversammlung des Bezirks Stade statt. Der Geschäftsführer, Kollege M. i. l. i. u. s., eröffnete die Versammlung und erteilte zum ersten Punkt dem Kollegen Karl Z. h. i. e. m. i. e. r. (Hannover) das Wort zu seinem Vortrag: „Fabrikarbeiter-Verband und Wirtschaftskrise“. Der Weltkrieg hat eine Wirtschaftskrise hervorgemacht, unter der nicht nur die besiegten Staaten, sondern, mit Ausnahme Frankreichs, auch die Siegerstaaten leiden. Das Unternehmertum sucht überall die Folgen dieser Krise auf die Arbeitererschaft abzumwälzen, die in dem Abwehrkampf dagegen durch die Zerstückelung in ihren eigenen Reihen geschwächt werden. Das Kapital hat durch die Preise und durch das Instrument der Unterrichtsanstalten ein vorzügliches Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und auf diesem Wege auch des Staates. Dieser wird infolgedessen wieder zur Stärkung der wirtschaftlichen Macht des Kapitals benützt. Daß die Arbeitererschaft dabei selbst mißläßt, erreicht das Unternehmertum, indem es nach dem Motto „Teile und herrsche“ in die Reihen der Arbeitnehmer Zwietracht und Zerstückelung trägt. Intensive Werbearbeit ist erforderlich, an der sich die gesamte Mitgliedschaft beteiligen muß. Vorbedingung ist Vertrauen zur Organisation, und dazu muß man wissen, welches die Ziele, die Aufgaben und die Forderungen der Gewerkschaften sind. Wenn heute gesagt wird, es sei ja eigentlich nichts erreicht, so genügt ein Rückblick in die Vergangenheit, um zu beweisen, daß das einfach nicht stimmt. Die Republik gab uns in der Weimarer Verfassung mit vielen anderen auch die größte Entfaltungsmöglichkeit für die Gewerkschaftsbewegung. Je größer die Bewegung, um so höher die Aufgaben. Arbeitszeit, Arbeiterschaft und Lohn sind die Gebiete unseres Wirkens. Wir verlangen heute auch, daß die Arbeitererschaft teil hat an den Auswirkungen der Rationalisierung. Wir fordern Anhebung der Wirtschaft durch höhere Löhne und durch Arbeitszeitverkürzung. Seit je nennen die Unternehmer die sozialen Lasten „untragbar“, und ebenso lange ist die Wirtschaft mit Unterbrechungen im Emporsteigen. Die Rentabilität der Gesamtindustrie ist gewachsen. Zur Erhebung der Arbeitslosigkeit hat der Internationale Gewerkschaftsband die 44-Stunden-Woche beschlossen, der A. D. G. B. -Anschluß fordert die 48-Stundenwoche, in der Gemächigen Industrie ist der Übergang von der 36-Stundenwoche zur 48-Stundenwoche in Vorbereitung, aber die Durchführung dieser Forderungen ohne Verringerung der Löhne ist wiederum von der Stärke der Gewerkschaften abhängig. Darum Werbung! Der Fabrikarbeiter-Verband hat im vergangenen Jahre 6 1/2 Millionen Mk. Unterstützungsgelder ausgezahlt, im ersten Halb-

jahr 1930 sogar 4 600 000 Mk. Das bedeutet eine ganz bedeutende Fürsorgefähigkeit, sowohl für unsere erwerbslosen als auch für unsere alten Mitglieder. Das Unternehmertum, das durch den Krieg und durch die Inflation schon zweimal in dieser Epoche erreicht hat, daß unsere Kassen zertrümmert wurden, möchte das durch den Wirtschaftskampf abermals erreichen. So läßt das Unternehmertum die Regierung den Lohnabbau diktiert, während die Regierung den Preisabbau nicht bewerkstelligen kann. Der Referent ging dann noch mit einigen Worten auf die Sonderunterstützungsaktion für die Ausgefuehrten seitens der Gewerkschaftsangehörigen ein, die auf Teile ihrer Gehälter verzichtet. Presse, Stimmzettel und Organisation werden von der Arbeitererschaft viel zu wenig richtig angewendet. Sonst müßten wir jetzt ganz anders eingreifen können. Den Ausführungen folgte starker Beifall. Nachdem Milius noch die für Stade in Frage kommenden Zahlen für die Weihnachtunterstützung genannt hatte, erfolgten zum Punkt Verchiedenes noch ein paar Mitteilungen über in Aussicht stehende bzw. bereits festgelegte Lohnabbauverhandlungen. Die Zementfabrik in Hemmoor will den Betrieb stilllegen wegen „Unrentabilität“ bei 15 Prozent Dividende. Zur Frage der Doppelverdienerei hat der Stader Magistrat Unterlagen verlangt, nachdem in der letzten Ortsratsversammlung auch auf derartige Fälle bei der Stadt hingewiesen war. Es handelt sich um mehrere Angestellte, die zugleich neben ihrer Beschäftigung bei der Stadt noch als Kellner, Musiker usw. tätig sind, auch sind Mann und Frau zugleich in städtischen Stellungen, ebenfalls ein Hausmeister mit Pension. Am 30. November fand für den Bezirk Hemmoor in Warfabe vormittags eine ähnliche Versammlung mit dem gleichen Referenten statt, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte.

Verbandsnachrichten.

Flugblatt gegen die A.D.G.B.

Der Hauptvorstand hat beschlossen, gegen die gewerkschafts-zertrende und arbeiterfeindliche Tätigkeit der A.D.G.B. durch ihre Untergruppe, die sogenannte A.D.G. (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition), ein Flugblatt herauszugeben. Das Flugblatt liegt verandfertig beim Hauptvorstand. Die Zahlstelleneinrichtungen werden ersucht, ihren Bedarf mitzuteilen. Die Bestellungen müssen unverzüglich erfolgen, damit im Bedarfsfälle der noch stehende Satz benützt und die Auflage erhöht werden kann.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Mainz: Peter Schwalbach, Buch-Nr. 742 767, Ludwig Geins, Buch-Nr. 462 150, Georg Heger, Buch-Nr. 898 864, und das bisherige Mitglied der Zahlstelle Fürth i. B. B.: Michael Rippel, Buch-Nr. 42 208; gemäß § 14 Ziffer 3a des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Hamburg: Hans Soga, Buch-Nr. 1 078 566, Robert H. i. n. e., Buch-Nr. 1 000 904; gemäß § 14 Ziffer 3c des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Wittenberg: Erich S. a. n. d. o., Buch-Nr. 875 870, Wilhelm A. p. p. e. l., Buch-Nr. S II 732 086.

Literarisches.

Andrés Vermächtnis. Das Buch S. A. A. n. d. r. e. e. „Dem Pol entgegen“. Am 11. Juli 1897 koppte Andrés die Heltau seines Freiheits „Adler“ und verließ mit seinen Gefährten Ginzberg und Frankel über dem ewigen Eis des Polarmeeres, 33 Jahre blieb die Welt im ungewissen, wann und wo der weiße Tod die drei Russen ereichte hatte. Der ausnahmsweise freie Sommer 1890, der die drei Russen ereichte hatte, legte ihr Todesjahr auf Mitte eines norwegischen warmen Winters fest. In eine Etüde und Etüde eingewickelt, Expedition entbehrte es alles. In die Aufzeichnungen Eintrüben und fanden sich Verborgenes. Diese Niederschriften geben eine anschauliche Schilderung von dem Verlauf der ganzen Expedition, bis zu den Tagen vor dem letzten Ende. Sie sind allein enthalten in dem neuen bei Brockhaus, Leipzig, erschienenen Originalbuch der Expedition: S. A. A. n. d. r. e. e. „Dem Pol entgegen“. Mit 122 Bildern und 5 Karten. Gebunden 11 Mk., Leinen 12 Mk. Es ist gelungen, die Aufnahmen der Expedition, die 33 Jahre im Eis gelegen haben, zu entwickeln; die zwölf besten dieser Bilder sind im Buch wiedergegeben. Straß, München und bezeichnen ergänzen Andrés und seine Kameraden ihr Schicksal. Die herb männlichen, la kargen Worte sind mehr als perfönlisches Vermächtnis. Sie legen sich zu der polaren Helbsage schloßlich. Dies in der Weltliteratur wohl einzig dastehende Buch wird leben lassen, jeden erheitern.

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Volkswirtschaftlich dargestellt von F. r. i. t. h. K. a. p. p. a. l. l. Nach einem Vortrag, gehalten in der Freien Sozialistischen Schule in Berlin am 8. November 1930. J. S. W. Dieß Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW 68, 32 Seiten, 30 Pf. Nachvollziehbar charakterisiert die gegenwärtige Krise als eine allgemeine Weltkrise. Die Krise wächst aus der Eigenart des kapitalistischen Wirtschaftssystems heraus, und deshalb sind kapitalistische Planlosigkeit und kapitalistische Einkommensverteilung anklagen, nicht aber die Rationalisierung. Der Monopolkapitalismus unserer Tage bedeutet ebenfalls ein Element der Verschärfung der Krise. Deshalb ist gerade angebracht die Forderung der Kontrolle der monopolistischen Mächte und ihrer Preispolitik mit allem Nachdruck zu erheben. In Krisenzeiten befindet sich die Arbeiterklasse in der Defensive. Dieser Defensivekampf ist klare Erkenntnis der Wirtschaftskrise voraus. „Der kämpfende Verband ist eine Voraussetzung für den eisernen Willen zur Machterhaltung und zum Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus.“ In anderen fürnbewegten Tagen, in denen die Quacksalber-Kuren der Sozialen Räte Nationalsozialismus durch die Anpreisung ihrer Eilrenten-Kuren die Sozialen Räte der Zeit zu heilen suchen, trägt die Schrift K. a. p. p. a. l. l. eine klare, durch ein reiches wirtschaftliches Fachkenntnismaterial, gefestigte Erkenntnis des Krisenproblems in die breiten Volksmassen hinein.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart; Schriftleitung: Lothar Erdmann. Seit 11. 1920. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3.60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2.25 Mk. Das 10. Heft der „Arbeit“ enthält Verhandlungen über die finanzielle Sicherung der Arbeitslosenunterstützungen, über „Probleme der Konjunkturumkehr“, über die „Antilige Arbeitsbeschaffungspolitik“, über die „Rationalisierungsgewinne“ usw.

Lebensgedichte an dem Mikroskop zeigt das Titelbild des November-Heftes der „Arbeitszeit“. J. L. e. m. a. n. zeigt zum 300. Todestag Johannes Kepler die weltanschaulichen Folgerungen aus den Untersuchungen dieses großen Naturforschers. J. G. e. i. s. e. n. s. t. e. r. prüft die Stellung der Frau bei den primitiven Völkern. Das Wort von der Lehrmeisterin Geschichte ist so oft mißbraucht worden, daß die kritische Betrachtung Otto Jenssens vom marxistischen Standpunkt aus lebhaft zu begrüßen ist. Franz Treubert beschäftigt in seinem Aufsatz „Proletariat und Dichter“ unsere Gedanken an die Schöpferkraft der Arbeiterklasse. In der „Ephemeren Lirch“ werden für das tägliche Leben wichtige Tenenstimmungen mitgeteilt. Kurz und Bild geben einen Überblick über Neues aus allen Wissensgebieten in Form von Schma und W. e. i. s. e. i. t. „Der Leib“ wird die Stellung Klugeverbands von Hans zu Schma und Th. a. b. e. i. t. aufgegeben, und ein medizinischer Artikel behandelt die Folge des Sports für den Organismus. Ein Kampfbild bezieht sich überaus reichhaltige Heft. Prospekt und Probeheft stellt der Verlag gern zur Verfügung.

In der Novembernummer der „Sozialistischen Bildung“ begründet A. G. l. e. i. n. in einem Aufsatz: „Verfälschte Aktualität“ die Richtlinien für die sozialistische Bildungsarbeit. In zwei weiteren Aufsätzen von O. J. e. n. s. e. n.: „Aktualisierte Bildungsarbeit“ und E. F. r. ä. n. k. e. l.: „Antifaschistische Aufklärungsarbeit“ werden einzelne die Aufgaben der jetzt notwendig gewordenen Bildungsarbeit in Umrissen. Über die Geistverfassung der akademischen Jugend schreibt Dr. H. e. s. t. „Aufbau der sozialistischen Weltanschauung der höheren Schule“. Ferner enthält das Heft Aufsätze von E. F. r. i. e. d. i. n. g.: „Der Arbeiter in der Versammlung der Arbeitererschaft“ und von A. G. ä. t. t. e. r.: „Wirtschaftlich-rechtliche Stellung der Arbeitererschaft“ und Jahresberichte und zahlreiche Besprechungen von Kinder- und Jugendliteratur. Die Zeitschrift „Sozialistische Erziehung“ enthält einen inkrustierten Aufsatz von E. L. a. c. h. e.: „Das kulturpolitische Gesicht des Nationalsozialismus“. Die „Sozialistische Bildung“ ist mit ihren Beilagen: „Wademarcie“ und „Sozialistische Erziehung“ zum Preise von 1.50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsverband für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Lindcar-Fahrräder und -Nähmaschinen

sind das schönste **Weihnachtsgeschenk**

Kleinste Raten! Beste Ausführung! **Winterrabatt** auf alle Herren- und Damenfahrräder **10%** auf unsere Kinderfahrräder **5%!**

Bezug durch unsere Niederlagen, durch sämtliche Ortsausschüsse des ADGB, sowie direkt durch das Lindcar-Fahrradwerk AG., Berlin-Lichtenrade :: Unternehmen der freien Gewerkschaften

Chemische Industrie

Verwaltungserklärung der Conti-Gummi.

Die deutsche Wirtschaft lebt zur Zeit in einer Wirtschaftskrise. Die gewaltige Ausdehnungen angenommen hat und deren Ende nicht abzusehen ist. Von Zeit zu Zeit erleiden auch die stärksten Industrieunternehmen starke Erschütterungen, die sich namentlich an der Börse durch zeitweiliges Zurückgehen der Börsenkurse bemerkbar machen. Nicht zum wenigsten tragen die Großbetriebe durch eine verkehrte Werkspolitik, Arbeiterentlassungen und Betriebschließungen zu diesen Vertrauenskrisen bei.

Unter den in letzter Zeit stark zurückgegangenen Aktienwerten befinden sich auch die der „Conti“ in Hannover, dem Hauptstamm des deutschen Gummitrustes.

Zurückgehende Börsenkurse machen den Betriebsdirektionen ernsthafte Sorgen. Als von solchen Sorgen ausgehend wird auch zum erheblichen Teil die in den letzten Tagen in dem Wirtschaftsteil der großen Zeitungen erschienene Verwaltungserklärung des Gummitrustes zu werten sein. In dieser Verwaltungserklärung versucht der Gummitrust nachzuweisen, daß zu einer Vertrauenskrise gegen den Trust kein Anlaß sei, sondern daß im Gegenteil, wenn auch in Deutschland für die Besitzer der Gummitrustaktien der Hungerriemen enger gefaßt werden muß, immerhin noch ein annehmbares Geschäft zu machen sei.

In dem Bericht bemüht sich die Verwaltung, zu beweisen, daß der Besitz an flüssigen Geldmitteln innerhalb des Trustes zur Zeit sehr günstig und zu Besorgnissen keinerlei Anlaß vorhanden sei. Wir haben vor kurzem anlässlich der Reichsgummikonferenz in Hannover die Behauptung aufgestellt, daß trotz der ungünstigen Wirtschaftslage die Wirtschaftsverfassung der Gummibetriebe durchaus gesund ist. Der Verwaltungsbericht bestätigt diese Auffassung. In den einzelnen Finanzposten des Gummitrustes kann man die Wirtschaftskrise kaum merken. Aber das laufende Geschäftsjahr wird gesagt, daß der Inlandsumsatz des Unternehmens um etwa 16 v. H. geringer sei als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Umsatz im Ausland habe sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten, allerdings seien die Preise erheblich gedrückt gewesen.

Die Bankguthaben und Wechsel beliefen sich zum 30. September auf 10 689 949 Mk. (am 31. Dezember 1929 11 146 318 Mk.). Von inländischen Schuldnern hat die Firma 19,13 Millionen Mark zu beanspruchen, von ausländischen Schuldnern dagegen 7,96 Millionen Mark, zusammen 27,09 Millionen Mark. Die Vorräte im Inland werden auf 13,58 Millionen, im Ausland auf 4,53 Millionen, zusammen auf 18,11 Millionen Mark geschätzt. Die Bewertung der Vorräte wurde mit außerordentlicher Vorsicht aufgenommen zu den Tagespreisen vom 1. Oktober 1930. Insgesamt belaufen sich die Betriebsmittel auf 55,89 Millionen Mark. (Im Vorjahre 70,03 Millionen Mark.)

Diesen Betriebsmitteln stehen folgende Posten gegenüber, die die Firma als Schuldner an Verpflichtungen gegen andere hat. An kurzfristigen Schulden gegenüber Materialgläubigern 4,92 Millionen Mark (1929 7,81 Millionen Mark), woraus zu ersehen ist, daß die Firma bei Materialeinkauf außerordentlich vorsichtig geworden ist. Auch der Posten, „sonstige Gläubiger“ ist von 10,03 Millionen des Vorjahres auf 3,21 Millionen Mark zurückgegangen. Steuern beanspruchten 3,14 Millionen Mark. Die gesamten Verpflichtungen belaufen sich mithin auf 11,54 Millionen Mark, wobei im Verhältnis zum Vorjahr mit einer Belastung von 20,34 Millionen Mark ein sehr erheblicher Rückgang der Verpflichtungen eingetreten ist.

Stellt man diese Verpflichtungen den Betriebsmitteln gegenüber, dann ergibt sich die überraschende Tatsache, daß die flüssigen Betriebsmittel fast das fünffache der kurzfristigen Schulden betragen. Das ist eine außerordentlich günstige finanzielle Verfassung, deren Bedeutung noch wächst, wenn man bedenkt, daß sie möglich ist in einer Zeit großer wirtschaftlicher Stagnation.

Die finanzielle Entwicklung zeigt sich noch günstiger, wenn man erfährt, daß Akzeptverpflichtungen nicht bestehen, die Bankguthaben und der Wechselbestand im November weiter gestiegen sind und zur Zeit 13,30 Millionen Mark betragen. Trotz dieses günstigen Ergebnisses will die Firma aber die beabsichtigte Dividendenpolitik zur Zeit noch nicht bestimmen, da nach ihrer Darstellung von der weiteren Entwicklung am Rohstoffmarkt (Gummi und Gewebe) für das Geschäftsjahr, das am 31. Dezember endet, noch vieles abhängt. Wir verstehen, daß der Gummitrust über seine Dividendenpolitik noch Stillschweigen bewahren will, um angesichts der Wirtschaftskrise die Öffentlichkeit nicht vorzeitig zur Kritik herauszufordern. Wir sind der Überzeugung, daß, wenn der Trust sich auch über diese Frage nicht äußert, in dem veröffentlichten Bericht und den darin genannten Zahlen das unausgesprochene Versprechen liegt, daß die Aktionäre keine Ursache zur Klage haben werden.

Das Geschäftsergebnis, das sich im Bericht des Trustes widerspiegelt, steht im starken Widerspruch mit den wirtschaftlichen Begründungen, mit denen das Unternehmen die Forderungen der Arbeiter ablehnt und die Ausbeutung der Arbeiter durch das berücksichtigte Bedarfssystem betreibt. Zu dem günstigen Ergebnis trägt erheblich bei, daß die Firma in der rückwärtslosesten Weise jede nur irgendwie entbehrliche Arbeitskraft abgebaut hat.

Darüber hinaus erfahren wir durch den Verwaltungsbericht, daß der Kampf um die Produktions- und Absatzorganisation in der Gummindustrie noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Verhandlungen zwischen den deutschen und ausländischen Reifenfabriken sind noch im Gange. Die Verhandlungen sollen bezwecken, daß „auskömmliche Preise“ für die Fabriken erzielt werden, darüber hinaus soll auch eine „gesunde Wiederverkaufspreispolitik“ für die Händler angestrebt werden. Damit soll wohl gesagt werden, daß die Gummindustrie bzw. die Gummwarenerzeuger die Händler zwingen wollen, bestimmte Verkaufspreise einzuhalten und sich den sich verschiedentlich bemerkbar machenden Preisniedrigkeitsbestrebungen zu widersetzen. Man rechne damit, daß der Abschluß solcher Verhandlungen nicht vor Mitte Dezember erfolgen wird. Die Truffleistung ist der Ansicht, daß es außerordentlich schwierig sein wird, für das nächste Jahr eine befriedigende Lösung in der Reifenerzeugung zu erzielen, da sich nicht weniger als etwa 25 Reifenfabriken um den verhältnismäßig kleinen deutschen Markt streifen. Jede dieser Fabriken ist bestrebt, den Anteil am Absatz zu vergrößern. Dieses Bestreben wird nach Ansicht der Truffleistung zu einem ungeordneten Wettbewerbs der Fabriken untereinander führen, weiter wäre die Folge eine Überfüllung des Händlerstandes, der zu Auswüchsen führen müßte. Welcher Art diese Auswüchse sind, wird nicht gesagt, sie bestehen wahrscheinlich darin, daß durch Preisunterbietung die angestrebte Preispolitik der deutschen Gummindustrie empfindlich gestört werden würde.

Anschließend sagt die Geschäftsleitung, daß sie auch hier der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensteht, nachdem sie sich vertriebs- und betriebsmäßig hierfür vollkommen gerüstet fühlt.

Wir wünschen, die Arbeiterschaft der Betriebe des Gummitrustes und die durch die Rationalisierung hinausgeworfenen Arbeiter und Arbeiterinnen könnten ebenfalls mit diesem erhobenen Gefühl der Nähe der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise und dem Herankommen des Winters entgegensehen. Aber noch mehr gebietet als bisher unter stärkster Anspannung der Arbeitskraft leben sie in ständiger Unsicherheit, über kurz oder lang ebenfalls als Opfer der Rationalisierung und des Bedarf-Systems den wirtschaftlichen Glend ausgeliefert zu werden.

Verhandlungen in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie.

Den Braunkohlenarbeitern wurde im Jahre 1924 durch Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums die zehnstündige Arbeits- und zwölftündige Schichtzeit aufgezogen. Innerhalb der letzten Jahre ist es den am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen gelungen, Arbeits- und Schichtzeit zu verkürzen. Heute besteht noch für die Braunkohlenindustrie ein Mehrarbeitsabkommen, welches die neunstündige Arbeitszeit und die 9 1/2 stündige Schichtzeit vorsieht. Dieses ebenfalls durch Schiedspruch festgelegte Mehrarbeitsabkommen ist von den Arbeitnehmerorganisationen gekündigt. Als Gegenmaßnahme wurde vom Arbeitgeberverband der Mantelfarif gekündigt.

Verhandlungen, die am 28. November in Halle stattfanden, sind gescheitert. Die Unternehmer verlangten von uns, daß die Bestimmungen des Mehrarbeitsabkommens, also neunstündige Arbeitszeit und 9 1/2 stündige Schichtzeit, im Mantelfarifvertrag aufgenommen werden. Sie erklärten ferner, daß die Braunkohlenindustrie selbst die geringste Belastung nicht mehr ertragen könne und jede Arbeitszeitverkürzung mit weiteren Stilllegungen von Betrieben verbunden wäre. Die Unternehmer sind der Ansicht, daß nur

Merke dir!

Wenn heute an Maschinen jeder Art alle sich drehenden und bewegenden Teile, Zahnräder, Schwungräder, Schnecken usw., so geschützt und umwehrt sind, daß niemand durch Berührung mit ihnen zu Schaden kommen kann, so ist das das Ergebnis einer langen Entwicklung auf dem Gebiete der Unfallverhütung. Wer eine Schutzvorrichtung entfernt oder unwirksam macht, der macht mit einem Handgriff jahrelange Bemühungen zunichte.



Bestell-Nr. 201 - der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W. 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

Ordnungsmäßige Benutzung der an den Maschinen angebrachten Schutzvorrichtungen ist die Voraussetzung für die Wirksamkeit der Unfallverhütungsmassnahmen. Wenn du siehst, daß ein Mitarbeiter eine Schutzvorrichtung entfernt hat, so mache ihn in ruhiger Weise auf die ihm drohende Gefahr aufmerksam, deren er sich vielleicht gar nicht bewußt ist. Ein gutes Wort findet einen guten Ort.

(Aus dem Unfallverhütungskalender 1930, herausgegeben von der Unfallverhütungsbild-GmbH, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W. 9.)

durch längere Arbeitszeit die Wirtschaftlichkeit der Braunkohlenindustrie gehoben und die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könne. (Um Irrtümer zu vermeiden, bemerken wir, daß es sich um die Braunkohlenwerke in Deutschland handelt, also auf unserem Erdball, nicht auf dem Monde. Die Red.)

Die Braunkohlenunternehmer sind „Gemütsmenschen“. In der heutigen Zeit, wo nicht nur die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, sondern selbst große bürgerliche Zeitungen die Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Linderung der Arbeitslosigkeit fordern, verlangen die Braunkohlenunternehmer Verlängerung der Arbeitszeit. In anderen Industrien verhandelt man über die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit, während die Unternehmer in der Braunkohlenindustrie aller Welt verkünden, nur Mehrarbeit kann uns retten. Ausgehend von diesen Gesichtspunkten lehnten die Unternehmer alle Anträge der Arbeitnehmer ab.

Die Verlängerung der Arbeitszeit allein genügt den Unternehmern noch gar nicht. Sie wollen gleichzeitig die Rechte der Betriebsräte kürzen, eine Kürzung des prozentualen Zuschlages für Sonntagsarbeit und Verschlechterungen in den Urlaubsbestimmungen durchführen. Diese Anträge wurden selbstverständlich von uns abgelehnt. Zur Schlichtung der Streitfrage haben die Unternehmer das Reichsarbeitsministerium angerufen. Dr. Hanschild (Leipzig) ist in dieser Angelegenheit als Schlichter bestellt.

Petroleumfunde im Kaliwerk Volkenroda.

Im Schacht Volkenroda machten sich im Laufe des letzten Sommers wiederholt Gase bemerkbar, die ihrem Geruch nach von Petroleum herrühren mußten. Als im Monat Juni d. J. auf dem Werke Feierschichten eingelegt waren, fuhren drei Beamte des Werkes ein, um festzustellen, wo der Ausgangsberd des Gases zu suchen sei. Wahrscheinlich infolge irgendeiner Unvorsichtigkeit erfolgte eine Explosion, so daß eine ganze Strecke in Flammen stand. Bedauerlicherweise sind hierbei die drei Beamten ums Leben gekommen. Das Feuer im Schacht konnte erst durch Abdichten der beiden Schächte erstickt werden.

Als der Betrieb wieder aufgenommen wurde, stand in allen Strecken Petroleum. Durch Abfordern in Wasserwagen wurden täglich zirka 15 Kubikmeter Petroleum zu Tage gebracht und dadurch die Strecken von dem Öl freigehalten.

Am 25. Oktober erfolgte wiederum eine Explosion, bei welcher leider zwei Arbeiter verunglückten. Durch diese Explosion wurde wahrscheinlich die Petroleumquelle freigelegt, denn das Öl trat in solchen Mengen auf, daß die Kaliförderung eingestellt werden mußte. Die Petroleumförderung beträgt jetzt zirka 70 Kubikmeter täglich. Die Werksleitung ist bemüht, in unmittelbarer Nähe der Quelle Pumpen einzubauen, um dann die Kaliförderung wieder aufnehmen zu können.

Für den größten Teil der Belegschaft sind seit dem 27. Oktober Feierschichten eingelegt. Am 11. November sind 216 Arbeiter entlassen. Nach Behebung der Schwierigkeiten sollen jedoch alle Arbeiter wieder eingestellt werden.

Wie die zweite Explosion entstanden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Man darf doch annehmen, daß nach den Gasausbrüchen die Befahrung der Grubenbaue nur mit Sicherheitslampen gestattet war?

Die Kaligewinnung in Amerika.

Die Entwicklung der amerikanischen Kaligewinnung berechtigt nicht zu den Hoffnungen, die durch die Entdeckung von Kalivorkommen in den Vereinigten Staaten erweckt wurden. Nach einer kurzen Periode des Aufschwunges ist im vergangenen Jahre in der amerikanischen Kalindustrie eine bemerkenswerte Stagnation eingetreten. Die Gewinnung von Kalifalzen, welche im Jahre 1927 eine Zunahme von 86,3 Prozent und im Jahre 1928 um 37,7 Prozent aufzuweisen hatte, konnte im vergangenen Jahre gegenüber dem Jahre 1928 nur noch um 2,8 Prozent gesteigert werden. In nachstehender Tabelle sind die amerikanischen Produktionszahlen angegeben:

Jahr	Rohsalze in Tonnen	Reinkaligehalt in Tonnen
1924	39 700	20 800
1926	42 000	21 200
1927	69 700	39 500
1928	94 500	54 400
1929	97 800	55 900

Die Produktion der Vereinigten Staaten im Jahre 1929 mit einem Reinkaligehalt von 55 900 Tonnen beträgt damit nur 3,8 der deutschen bzw. 11,4 Prozent der französischen Kaligewinnung. Amerika steht damit ungefähr auf gleicher Stufe wie Polen.

Nach einer neueren Meldung hat die United States Potash Co. im Staate Neumexiko vor kurzem einen Schacht bis auf 1100 Fuß (etwa 345 Meter) niedergebracht. Die Vorarbeiten für den Abbau der Kalilager sollen so weit gediehen sein, daß die Förderung im nächsten Jahre aufgenommen werden kann. Auch die Texas Potash Corporation will die Ausbeutung ihrer Kalivorkommen im westlichen Teil von Texas in Kürze in Angriff nehmen.

Nach den vorliegenden Gutachten geologischer Sachverständiger soll sich die Aufgabe der Kalifunde zwar bestärken, doch steht man diesen Unternehmungen in amerikanischen Finanzkreisen recht skeptisch gegenüber und bezweifelt hauptsächlich die Rentabilitätsgrundlage.

Papier-Industrie

Interessentenhausen.

Kurz vor Auflösung des Reichstages wurde dieses Wort von einem jetzt noch amtierenden Reichsminister gelassen ausgesprochen. Damit sollte die Vertretung der organisierten Arbeiterschaft im Reichstag getroffen werden. Wo die Interessentenhausen wirklich zu finden sind, dazu einige Beispiele:

Die Arbeitnehmerschaft hat man mit der Regestersteuer, mit der Gemeindefunktsteuer, mit Steuern auf Krankenscheine und Medikamente belastet; durch die bevorstehende Zollerhöhung auf Tabak von 80 Mk. auf 400 Mk. wird nicht nur die in dieser Industrie beschäftigte Arbeiterschaft empfindlich getroffen, sondern auch die Pfeife Tabak des Arbeiters ganz empfindlich verteuert. Durch die Einrichtung der Lohnsteuer ist dafür gesorgt, daß die Arbeitnehmer den Vater Staat wirklich nicht bemogeln können.

Wenn wir nicht irren, ist es derselbe Reichsminister, der zur Zeit eine allgemeine Steueramnestie für jene Kreise vorbereitet, die den Nationalismus in Erbpacht genommen haben, die vor Patriotismus Purzelbäume schlagen, die zum Schutze ihres Geldsackes aber mit ihrem Kapital in das Ausland flüchten und damit den Staat um die ihm gesetzlich zustehenden Steuern betrügen. In der Regierungsbegründung zu dieser Steueramnestie wird zunächst gesagt:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß Kapitalflucht und Steuerflucht einen sehr erheblichen Umfang angenommen haben. Wenn auch Kapitalflucht und Steuerflucht nicht ohne weiteres zusammenzufassen brauchen, so kann aber auch nicht verkant werden, daß zu einem sehr erheblichen Teil das zunächst aus anderen Gründen ins Ausland geflüchtete Kapital und das Einkommen daraus in Deutschland nicht mehr versteuert werden.“

Die Reichsregierung versichert dann hoch und feuer, daß die Reichsfinanzverwaltung mit allen Mitteln bestrebt sei, diese Steuerhinterziehungen aufzudecken. Man gibt also zu, daß ein großer Teil dieser Prozentpatrioten den Staat durch Kapitalflucht finanziell betrogen hat. Während man aber die Arbeitnehmer rücksichtslos mit Steuern belastet, soll bei diesen Betrugern Gnade vor Recht gehen, denn so sagt die Begründung zur Steueramnestie weiter:

„Es gibt unzweifelhaft viele Personen, die steuerflüchtig geworden sind und an sich doch bereit wären, mit ihrem Kapital ins Inland zurückzukehren, denen aber der Weg solange verbannt erscheint, als sie nicht die Gewißheit haben, daß sie nicht nur von Strafen, das wäre ja im Wege der tätigen Reue nach § 374 der Reichsabgabenordnung möglich, sondern auch von Nachsteuern vergangener Jahre befreit sind.“

Also, die Steuermogelei dieser Interessentenhausen soll noch durch Steuernachlaß belohnt werden!

Mindestens 70 Prozent seines Einkommens verwendet der Arbeiter und Angestellte für sich und seine Familie zur Deckung des Nahrungsbedarfes. Was hindert einen weiteren Interessentenhausen, die sich patriotisch gebärdenden deutschen Großgrundbesitzer, nicht, nach weiterem Zollschutz zu schreien. Die Politik der Landwirtschaft wurde in einem Vortrag, den der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Papierfabrikanten, Herr von Wuffow, am 14. November in Dresden hielt, folgendermaßen gekennzeichnet:

„Eine völlige wirtschaftliche Anarkie oder Abschließung vom Weltmarkt, wie sie zur Zeit von der Landwirtschaft in Anerkennung der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands gefordert wird, würde nur Steigerung der Arbeitslosigkeit, der Verschuldung und des Kapitalchwundes bedeuten und damit letzten Endes auch zum Schaden der Landwirtschaft ausschlagen.“

Diesem Interessentenhausen Landwirtschaft scheint nun der Interessentenhausen Industrie den Kampf ansetzen zu wollen.

Nur so kann es verstanden werden, wenn Herr von Wuffow weiter erklärte:

„Es scheint daher nötig, daß sich die Industrie, die bislang auf die berechtigten Interessen der Landwirtschaft in weitestgehendem Maße Rücksicht genommen hat, zur entschiedenen Abwehr gegen einen einseitigen Agrarprotektionismus und damit für Beibehaltung des Meißbegünstigungssystems entschließt.“

Bisher hat in solchen Kämpfen die Industrie noch stets vor den Mistgabeln der Landwirtschaft halt gemacht. Nicht anders dürfte auch der angekündigte Kampf ausfallen, denn es erscheint auch den Industriellen immer noch leichter, durch niedrige Löhne und hohe Preise die Arbeitnehmerschaft zu schröpfen, als sich politisch mit der Landwirtschaft zu überwerfen.

Das neueste Schlagwort unserer sogenannten Wirtschaftsführer heißt Lohnabbau mit nachfolgendem Preisabbau. In der Frage des Lohnabbaues sind sich die Interessentenhausen aus Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft einig. Den Lohnabbau hoffen sie mit Hilfe des Arbeitsministers Stegerwald einigermaßen gefahrlos bewältigen zu können. Beim Preisabbau aber liegen sich die Herrschaften bereits in den Haaren. So behauptete ein „Papyrus“ zeichnender Unternehmer in der „Papierzeitung“, daß zwar die Fabrikanten mit dem Preisabbau vorangegangen seien, im Papiergroßhandel aber, obwohl die Papierpreise um 5 Prozent gefallen seien, von einer Preisüberhebung noch nichts zu merken sei. Derselbe Preisabbauneigung zeige auch der Kleinhandel. Daß der Kleinhandel außerdem noch zu Wucherpreisen verkauft, zeigt „Papyrus“ am folgenden Beispiel:

„Ich verkaufte einen Artikel zu 36 Pf. an Warenhäuser und Fachgeschäfte. Wie wurden sie weiterverkauft? Im Warenhaus zu 50 Pf. und in den Fachgeschäften zwischen 60 und 90 Pfennig.“

Daß es weissen Kreisen des Unternehmertums nur mit dem Lohnabbau, nicht aber auch mit dem Preisabbau Ernst ist, beweist folgender drastischer Vorfall: Ein Charlottenburger Zigarrenhändler hatte sich, hervorgerufen durch den schlechten Geschäftsgang, veranlaßt gesehen, seine Zigarettenpreise abzubauen und sich mit einem Verkaufsnutzen von durchschnittlich 10 Prozent zufrieden zu geben. Flugs erfaßte die Preisprüfstelle der Zigarettenindustrie gegen diesen Händler Strafantrag. Das Amtsgericht Charlottenburg sprach den Mann frei, mit der Begründung, daß sein Verhalten, wenn er sich mit einem geringeren Gewinn als 25 Prozent begnüge, dem Bestreben der höchsten Regierungsklassen auf Preisabbau entspräche. Gegen dieses Urteil legte die Preisprüfstelle Berufung beim Landgericht in Berlin ein. Und dieses verurteilte den Händler zu mehreren tausend Mark Geldstrafe, wobei für je 10 Mark Geldstrafe ein Tag Gefängnis festgesetzt wurde. In seiner Begründung hob das Landgericht hervor, daß dem Bestreben der höchsten Regierungsklassen auf Preisabbau nicht gebient sei mit einer unbegrenzten Preisunterbietung und Warenschleuderei, denn „gerade durch das Halten der Preise mit Hilfe des Markenschutzes hat das Publikum die Gewähr, keine Schlenkerware beim Einkauf zu erhalten und durch Bezahlung der vorgeschriebenen Preise den sie wahrnehmenden Händler zu stärken.“ Nach dieser sonderbaren Rechtsformulierung hatten demnach die Konsumenten kein Interesse am Preisabbau, sondern am Schutze des preisreibenden Händlerstandes. Da der Händler die hohe Konventionalstrafe nicht zahlen konnte, war er gezwungen, über ein Jahr Gefängnisstrafe in Kauf zu nehmen. Vier Monate davon hatte der Händler bereits abgeessen, als er wegen einer Lungenerkrankung für drei Monate aus der Haft entlassen wurde. Die Preisprüfstelle erhob gegen die Haftentlassung Beschwerde mit der Begründung, daß der Mann simuliere, und das Landgericht erließ einen neuen Haftbefehl. Alles natürlich im Namen des Volkes. So wird von dem bürgerlichen Interessentenhausen mit Hilfe von Interessentengerichten selbst der Preisabbau einzelner Personen brutal bekämpft. Der Arbeitnehmerschaft aber muß man zu, die Preisabbauphrasen der kapitalistischen Interessentenhausen bibelgläubig entgegenzunehmen.

Nach dem französischen Wirtschaftspolitiker Lucien Romed beträgt der Anstieg des Welthandels infolge der internationalen Wirtschaftskrise im Laufe der letzten zwei Jahre 100 bis 125 Milliarden Frank, wovon auf Europa 40 bis 50 Milliarden Frank entfallen. Nach der Ideologie der Kaufmänner aller Richtungen soll nun der Lohnabbau dazu dienen, dieses Anstiegsbedürfnis zu vermindern, selbstverständlich auf Kosten der Inlandspreise. Diese Tatsache bestätigt der bereits erwähnte „Papyrus“ in seinem Artikel durch folgende Fälle:

„In den letzten Wochen haben sich an verschiedenen ausländischen Märkten die Preise um 10 v. H. für unsere Artikel gesenkt. Wir sind auf die Tatsache angewiesen, unsere Ausfuhr nicht zu verlieren, aber die Preise sind, im Vergleich zu denen des Inlandes, fürchterlich.“ Der deutsche Verbraucher kann auf die Dauer der Preisabbauphrasen nicht zahlen.“

Hier wird also ganz offen zugegeben, daß mindestens von der deutschen Industrie die Eroberung des Weltmarktes mit Hilfe von sozialen Dumpingpreisen betrieben wird. Daß dabei das Ausland nicht ruhig zuseht, sondern zu Abwehrmaßnahmen greift, beweist auch Herr von Wuffow in seinem bereits erwähnten Fortrage durch folgende Ausführungen:

„Ganz besonders der sogenannte administrative Zollschutz, d. h. die Einführung der Einfuhr durch Verwaltungsmaßnahmen, also alles was man gewissermaßen Zollschranken nennt, steht trotz allem in voller Blüte. Auf dem Gebiet des Papierwesens haben diese in letzter Zeit wieder folgende Länder Zollschranken vorgeworfen oder einzelne Papierarten in höhere Positionen verschoben: Österreich, Ungarn, Bulgarien, Schweden, Estland, Vereinigte Staaten, Australien und Kanada. Es zeigt sich also wieder die Erfahrung eines halben Jahrhunderts, daß sich der Protektionismus nach dem Prinzip der Schwärze entwickelt, d. h. jeder Zollschutz einen anderen und höheren nach sich zieht, dem wiederum mit anderen und höheren gefolgt werden muß.“

Hier wird also von prominenter Seite der deutschen Papiererzeugungsindustrie zugegeben, daß das Ausland sich sehr wohl gegen die sozialen Dumpingpreise zu schützen weiß. Diese Auffassung vertrat übrigens auch der amerikanische

Bundespräsident Hoover, indem er erklärte, daß Amerika der Gedanke an ein Dumping von Industriewaren nach dem Ausland fernliege, da das Ausland durch seine Anti-Dumping-Gesetze sich sofort energisch gegen derartige Versuche wenden würde. Nur zog Hoover andere Schlussfolgerungen als seine deutschen Kollegen Brüning und Stegerwald; denn er erklärte: „Der Zusammenbruch der amerikanischen Kaufkraft wäre verhängnisvoll für die europäische Ausfuhr.“ Die Reichsleiter der deutschen Geschicke aber gehen den genau entgegengesetzten Weg und predigen den Abbau der Löhne mit der Folge: Vernichtung der Kaufkraft.

Daß die Preisabbauphrasen dazu dienen soll, im Gegenteil die Preise hochzuhalten, beweisen mindestens die deutschen Zellstoff-Fabrikanten. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die europäischen Zellstoff-Fabrikanten unter lebhafter Anteilnahme Deutschlands beschloffen haben, für über zwei Jahre die Produktion um 15 Prozent einzuschränken. Jetzt soll versucht werden, auch die Zellstoff-Fabrikanten Nordamerikas für diese Vereinbarung zu gewinnen. Wahrscheinlich will man dadurch verhindern, daß der von den amerikanischen Zellstoff-Fabrikanten geforderte Zollschutz gegen die sozialen Dumpingpreise Europas Lausache wird.

Wir glauben nachgewiesen zu haben, in welchen Gesellschaftsklassen sich in Wirklichkeit die Interessentenhausen befinden. Der Herr Reichsfinanzminister scheint allerdings zu dieser Erkenntnis noch nicht gekommen zu sein, sonst hätte er unmöglich eine Steueramnestie für Kapitalschieber und Steuerflüchtlinge in Vorbereitung bringen können.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft dürfte aus diesen Vorgängen die Lehre zu ziehen haben, daß es nur möglich sein wird, durch Zusammenschluß auf wirtschaftlichem Gebiete in den freien Gewerkschaften und auf politischem Gebiete in der Sozialdemokratie für die Zukunft die Tätigkeit dieser Interessentenhausen zu hemmen. G. Stähler.

Kapitalismus gegen die Menschheit!

„Ein Kapitalismus, der zu vergessen droht, daß er aller Menschen wegen da ist, verliert seine Daseinsberechtigung. Ein Kapitalismus, dessen Träger nicht immer wieder ihre Aufgabe dahin auffassen, daß Armut und wirtschaftliche Not heilbare Krankheiten sind, wird auf die Dauer unerträglich und muß zu schweren allgemeinen Zerrüttungen führen.“

„Kölnische Zeitung“ vom 24. August 1930.

Die Combined Pulp and Paper Mills Ltd. in Auflösung.

Zu diesem Konzern gehören die Papierfabrik Köslin, die zum ehemaligen Schoeller-Konzern gehörenden Zellulose- und Papierfabriken Kammersdorf, Lomütz, Jannowitz, Maltsch, Westende, Wartha, Frankenberg und Steinwitz, ferner die hannoverschen Papierfabriken Alfeld-Gronau mit ihren Betrieben in Alfeld, Gronau und im Okerthal und außerdem die Pergamentpapierfabrik Rube & Co., AG, in Weende b. Göttingen. Bei normalem Betrieb wurden in diesem englischen Konzern rund 4000 Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Erwerbung der Mehrheit der Aktien des Schoeller-Konzerns scheint — neben dem mangelnden Vertrauen, das diese Gesellschaft an den englischen Börsen heute noch genießt — dieser englischen Gesellschaft das Genick gebrochen zu haben. Da die Schoeller-Aktien nicht bezahlt werden konnten, mußten sie verpfändet werden. Hinzu kam die Drohung, das verpfändete Aktienpaket auf dem Kapitalmarkt zu Geld zu machen. Die Combined verstaute deshalb, durch Ausgabe von Obligationen die Gelder flüssig zu machen, die zur Bezahlung der Schoeller-Aktien unumgänglich notwendig waren. Diese finanzielle Transaktion ist gescheitert, und die Combined mußte bekanntgeben, daß die Ausgabe ihrer Obligationen keinen Erfolg hatte und daß sie deshalb nicht in der Lage sei, den Erwerb des Schoeller-Konzerns durchzuführen.

Die zur Combined gehörenden Alfeld-Gronauer Papierfabriken sind durch Verlustwirtschaft gleichfalls in große Schwierigkeiten geraten. Um diese Verluste zu decken, soll der demnächst stattfindende Generalversammlung vorgeschlagen werden, das jetzt 5 Millionen Mark betragende Aktienkapital im Verhältnis von 10 : 6 zusammenzuliegen.

In Bank- und Börsenkreisen wird erzählt, daß das gesamte Aktienkapital der Combined zur Combined gehörenden Rube-AG in Weende b. Göttingen in die Hände holländischer Kapitalistengruppen übergegangen sei. Ist dieses richtig, dann blüht nur noch die Frage offen, in welchem Ausmaße auch die Aktienpakete der übrigen zur Combined gehörenden deutschen Werke von diesen holländischen Finanziers erfaßt sind.

Fest steht jedenfalls, daß sich die Combined Pulp and Paper Mills Ltd. in voller Auflösung befindet und daß sie anscheinend das Schicksal des englischen Harrison-Konzerns teilt, der nach dem Kriege die Holzpulpe-AG aus der Stünesmasse erwarb und denselben Weg geht wie die gleichfalls englische Anglo Foreign Pulp Co., die Besitzerin der Papierischen Zellstoffwerke in Regensburg, d. h. dem Pleitegeier in Deutschland zum Opfer gefallen ist. G. Stähler.

Der Koch-Konzern.

Die Feinpapen- und Kunstlederfabriken Koch u. Co. mit dem Sitz in Wandsbek stellen auf insgesamt 20 Pappemaschinen als Spezialität Hartpappe, insbesondere für die Schabfabrikation, her. Die Betriebe des Konzerns befinden sich an folgenden Orten:

1. Koch u. Co., Wandsbek,
2. Koch u. Co., Oberaschbach i. Odern.
3. Koch u. Co., Unteraschbach i. Odern.
4. Koch u. Co., Waldmühlbach i. Odern.
5. Koch u. Co., Ohrdorf i. Thür.
6. Koch u. Co., Rahlitz i. Thür.
7. Koch u. Co., Müllingsberg b. Eger (Tschechoslowakei).

Papierarbeiterkonferenz für den Gau 6.

Am Sonntag des 23. November, trafen in Steffin die Vertreter der Zellulose Pommerns und Mecklenburgs, in denen Papierindustrie vorhanden ist, zusammen, um zu folgender Tagesordnung Stellung zu nehmen:

1. Die wirtschaftliche Lage der Papierindustrie.
 2. Kündigung mit dem Bezirkslohnvertrag?
- Kollege Wiesenbütter leitete die Konferenz. Zum ersten Punkt referierte Kollege Großmann (Hannover). Er führte u. a. aus: Die Nachkriegszeit brachte auf dem Weltmarkt, in Deutschland, insbesondere nach der Inflation, einen steigenden Papierbedarf. Dem paßte sich die Produktion an. In dieser Entwicklung ist seit 1928 ein Stillstand und im Jahre 1929 ein Rückgang eingetreten. Der Produktionsrückgang hat seine Ursachen sowohl in der Nachkriegszeit als auch in der Verminderung der Leistung. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Welt, vorwiegend in den Nachkriegsjahren, hat

eine Umschichtung in den Stärkeverhältnissen der Länder zueinander gebracht. Deutschland ist dabei von anderen Ländern zurückgedrängt worden. Das Besondere in den letzten Jahren ist, wie in anderen Industriezweigen, so auch in der Papierindustrie, daß die Produktionserträge durch Rationalisierung erheblich gestiegen sind, während die Arbeiterzahl gleichgeblieben oder sogar zurückgegangen ist.

Die Krisenwirkungen sind in der sehr konjunkturempfindlichen Papierindustrie ebenfalls in aller Schärfe eingetreten, so daß wir im Oktober 1930 etwa 15 Prozent Arbeitslose und 25 Prozent Kurzarbeitende zählen mußten. Demnach sind nur 60 Prozent Arbeitnehmer vollbeschäftigt.

Das Ziel der Arbeitgeber, die Tarifverträge unter Ausnutzung der Wirtschaftslage zu zerbrechen, ist bisher mißlungen. Jedoch bringt die andauernde Erwerbslosigkeit sowohl bei den Arbeitslosen als auch bei den in Arbeit Stehenden seelische Zermürbungen hervor.

Als Ausweg aus der Krise können die Pläne des Arbeitgeberverbands nicht angesehen werden. Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit bringen uns in der Wirtschaft nicht vorwärts, sondern wirken nur konjunkturverschärfend. Von Regierungsseite ist nach der Richtung der Verkürzung der Arbeitszeit nichts zu erwarten, vielmehr will man Lohn- und „Preisabbau“ durchführen. Was bisher an Preisabbau in Erscheinung getreten ist, kommt nicht auf das Konto der Reichsregierung, sondern ist durch die Einwirkungen der agrarischen Krise bedingt. Sonstige Erfolge hat bisher die Regierung nicht aufzuweisen. Wir werden uns mit allen uns verfügbaren Kräften der Lohnabbaukampagne entgegenstellen.

Zum zweiten Punkt verweist Kollege Wiesenbütter auf die Ausführungen des Kollegen Großmann und gibt der Meinung Ausdruck, vorerst von einer Kündigung des Bezirkslohnvertrages Abstand zu nehmen und abzuwarten, welche Stellung die Arbeitgeber einnehmen werden. Kündigen diese, so werden wir ihren Lohnabbauforderungen entsprechende Gegenforderungen stellen.

In der Debatte wird von einigen Delegierten auf die unterschiedliche Lohnneuteilung im Bezirk hingewiesen, die als nicht gerecht bezeichnet wird und geändert werden mußte. Von Seiten der Gauleitung und im Schlußwort vom Kollegen Großmann werden die aufgeworfenen Fragen behandelt. Die Konferenz beschließt dann einstimmig, von der Kündigung des Lohnvertrages Abstand zu nehmen.

Unter „Verschiedenem“ wird eine Tarifkommission gebildet, in der die Kollegen Klünder (Stettin), Molkenhain (Stettin), Diehn (Neu-Callies) für Mecklenburg und Kroggel (Sammermühle) für Hinterpomern gewählt werden.

Des Weiteren werden Einzelfragen des Mantelartikels besprochen, so vor allem die Frage der Prämienzahlung. Hier soll versucht werden, grundsätzlich Klarheit zu schaffen.

Q. Kämmer (Köslin).

Nahrungsmittel-Industrie

Der Enquete-Ausschuß und die deutsche Industrie.

Der Enquete-Ausschuß hat sich in langen Verhandlungen auch mit den Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Industrie beschäftigt. Das Ergebnis der Untersuchungen liegt in einem umfangreichen Band vor. Der Wert dieser Arbeit wird dadurch beeinträchtigt, daß sich die Wirtschafts- und Strukturverhältnisse in der Industrie schon während der Untersuchungen und auch nach Abschluß derselben bedeutend verschoben haben. Der Zusammenschluß zum Margarinekartell hat sich inzwischen auch in der Industrie ausgewirkt. Alle diese Umschichtungen konnten bei den Beratungen nicht voll berücksichtigt werden. Sieht man von diesen Mängeln ab, dann bietet der Bericht ein anschauliches Bild über Entwicklung, Produktion, Absatzmöglichkeiten, Welthandel für Rohstoffe und Fertigfabrikate usw. in den letzten Jahren, so daß er Interessenten zum Studium nur empfohlen werden kann.

Im ersten Abschnitt wird der Aufbau und die Bedeutung der Industrie behandelt. Über die Zahl der Betriebe und die Zahl der Beschäftigten gehen die Ansichten auseinander. Sieht man, wie es die Vollzählung nachweist, auch die kleinen Mühlen als Betriebe mit, obwohl sie kaum Öl herstellen, dann beträgt die Zahl der Betriebe über 700. Werden aber nur die Betriebe gezählt, die für den Markt tatsächlich von Bedeutung sind, dann ist die Zahl der Betriebe nicht groß. Der Bericht sagt darüber folgendes:

„Erhebungen des Enquete-Ausschusses ergaben für 1926 bzw. 1927 (einschließlich der Sondererzeugungsanlagen, aber ohne die den Margarinefabriken angeschlossenen Raffinationsanlagen, siehe unten) eine Beschäftigtenzahl von rund 11 400 bis 11 500. Die Gesamtzahl dürfte sich mit den in den nicht erfaßten Kleinmühlen Beschäftigten noch um einige Hundert erhöhen. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands stellte 1926 in 62 arbeitenden größeren Betrieben 9873 Beschäftigte fest; in den nicht erfaßten Kleinbetrieben (rund 600) dürften noch 1000 bis 1200 beschäftigt sein, so daß von dieser Seite für das Jahr 1926 sich die Zahl von rund 12 000 Beschäftigten ergibt.“

Soweit unsere Feststellungen in Frage kommen, ist dem Berichterstatter des Enquete-Ausschusses bei Zitiierung unserer Zahlen ein Irrtum unterlaufen. Wenn man zu den 9873 noch 1200 hinzuzählt, dann kommen etwas über 11 000 Beschäftigte heraus. Das dürfte der Wirklichkeit entsprechen. Die Sachverständigen der Industrie schätzen die Anzahl der tatsächlich arbeitenden Betriebe sehr gering. So sagt z. B. ein Sachverständiger darüber folgendes:

„Ich würde schätzen, daß an der Produktion heute im wesentlichen 30 bis 35 Betriebe beteiligt sind. Es können aber auch noch über 40 sein. Die übrigen statistisch erfaßten Betriebe sind nach meinem Dafürhalten solche Betriebe, die vielleicht noch je eine Mühle mit Einrichtung haben, aber sie nicht beschäftigen.“

Diese Schilderung dürfte im großen und ganzen zutreffen. Da die verarbeiteten Rohstoffmengen in den letzten Jahren viel höher sind als 1913, die Anzahl der arbeitenden Betriebe aber stark zusammengedrumpft ist, so ergibt sich daraus, daß die Betriebs- und Produktionskonzentration in der Industrie in den letzten Jahren starke Fortschritte gemacht hat. Über die Produktionsentwicklung entnehmen wir dem Bericht folgendes: Im Jahre 1913 verarbeitete die deutsche Industrie 1,69 Millionen Tonnen Saaten. Auf die arbeitenden Betriebe verteilte sich diese Rohstoffmenge wie folgt:

Es verarbeiten:

5 Mühlen jährlich	100 000 t und mehr
4 Mühlen jährlich	50 000 t und mehr
16 Mühlen jährlich	20 000 t und mehr
13 Mühlen jährlich	10 000 t und mehr
13 Mühlen jährlich	5 000 t und mehr
23 Mühlen jährlich	5 000 t und mehr
36 Mühlen jährlich	1 000 t und mehr

Die Aufstellung zeigt, daß 5 Großbetriebe 1913 schon eine Jahresverarbeitung von über 100 000 Tonnen Saat je Betrieb hatten. Die acht größten Mühlen verarbeiteten 50 Prozent der gesamten Saatenmenge, die 110 aufgeführten Betriebe verarbeiteten 98 Prozent der gesamten Saat. Dazu kommen

nach 350 kleine Ölmühlen, die insgesamt nur 30 000 Tonnen, also nur 2 Prozent der gesamten Saattmenge, verarbeitet. Während der Kriegszeit stand die Blindindustrie unter Zwangswirtschaft. Im Jahre 1927 wurde ein großer Teil der Ölfabriken stillgelegt. Nur 16 „Hochleistungsbetriebe“ wurden beschäftigt. Daneben aber stieg bis zum Jahre 1919 die Zahl der über das ganze Land verteilten kleinen „Selbstverforgungsmühlen“ auf über 2000. Diese „Schwarzsmühlen“ sind nach Aufhebung der Zwangswirtschaft dann aber wieder überwiegend zum Erliegen gekommen. Trotz der bereits im Jahre 1913 zusammengeballten Produktion ist inzwischen eine weitere Konzentration eingetreten. Im Jahre 1927 stellte sich die Verarbeitung folgendermaßen:

Es verarbeiten:

1 Mühle mit über 350 000 t
1 Mühle mit über 200 000 t
5 Mühlen mit über 100 000 bis 200 000 t
6 Mühlen mit über 50 000 bis 100 000 t
6 Mühlen mit über 20 000 bis 50 000 t
5 Mühlen mit über 10 000 bis 20 000 t
5 Mühlen mit über 5 000 bis 10 000 t
29 Mühlen
11 Mühlen mit über 1 000 bis 5 000 t
10 Mühlen mit über 100 bis 1 000 t
50 Mühlen

Der Bericht faßt das Ergebnis der Betriebskonzentration in folgenden Satz zusammen:

„Während demnach 1913 rund 110 Betriebe je eine Rohstoffmenge von über 1000 Tonnen verarbeiteten, waren es 1927 nur noch etwa 50 Betriebe. Durch den Ausfall zweier großer Betriebe, den Zusammenbruch der „Leutonia“ und die Stilllegung der Lüneburger Mühle, hat sich die Betriebskonzentration seitdem noch weiter fortgesetzt. Dazu kommt die Steigerung der verarbeiteten Rohstoffmenge im Jahre 1928 um etwa 25 Prozent gegenüber 1927.“

Nimmt man noch die Rohstoffverarbeitungssteigerung von 1929 dazu, dann ist die Zusammenballung der Produktion in wenigen Betrieben noch stärker. Das Gesamtbild zeigt also, daß sich in der Blindindustrie eine starke Verschiebung vom Klein- zum Großbetrieb und ein starkes Zusammendrängen der Produktion auf immer weniger Betriebe vollzogen hat.

Aber auch bei der Rohstoffverarbeitung ist ein starker Wandel vor sich gegangen. Wurden 1913 in erster Linie Leinöl, Kokosöl, Palmkernöl, Sesamöl, Rapsöl, Erdnußöl sowie Baumwollsaatöl erzeugt, so sind heute Sojaöl und Erdnußöl wohl an erster Stelle zu nennen. Die anderen Ölarten sind von der ersten Stelle verdrängt worden. Eine Ausnahme machen Palmkern- und Kokosöl. Diese haben sich gehalten. Die Folge dieser Rohstoffwandlung ist eine Zunahme bei der Ölkuchenproduktion. Die Ölkuchenerzeugung hat demnach stärker zusammen als die Ölgewinnung. Bei der Saatverarbeitung hat infolgedessen ein Wandel stattgefunden, daß sich einzelne Unternehmungen immer mehr auf eine bestimmte Saat einstellen. Das hat zur Folge, daß die Betriebe, die in erster Linie Sojabohnen verarbeiten, beim Absatz der Sojakuchen oder des -schrotens viel stärker vom Kuchen- oder Schrotmarkt abhängen als jene Betriebe, die hochprozentige Saaten verarbeiten.

Über den Wert der Erzeugnisse in der Blindindustrie sagt der Bericht folgendes:

„Die nachfolgenden Produktionswertschätzungen ergeben nämlich für 1913 einen Gesamtwert der Erzeugnisse, der zwischen 585 und 611 Millionen Mark liegt und im Durchschnitt etwa 600 Millionen Mark beträgt. Andererseits betrug der Wert der Rohstoffe rund 552 Millionen Mark, was unter Zugrundelegung einer 8- bis 10prozentigen Verarbeitungsspanne einem Produktionswert von 596 bis 607 Millionen Mark entsprechen würde.“

Für 1927 liegt der geschätzte Gesamtwert zwischen 729 und 758 Millionen Mark, oder im Durchschnitt bei 743 Millionen Mark. Der Wert der Rohstoffe liegt bei 680 Millionen Mark, was unter Annahme einer 8- bis 10prozentigen Verarbeitungsspanne einen Produktionswert von 734 bis 748 Millionen Mark ergibt.“

Eine Verbindung der Blindindustrie mit anderen Industriezweigen ist z. T. vorhanden. Am häufigsten kommt die Verbindung mit Margarinefabriken vor. In Ausnahmefällen sind Ölmühlen auch mit Seifenfabriken verbunden. Zum Teil haben größere Seifenfirmen und Linsolfirmen eigene Öl-Abteilungen, um ihre Öle selbst zu erzeugen.

Die Konzernfrage spielt auch in dieser Industrie eine große Rolle. Den Anteil der Konzernölmühlen bei der Saatverarbeitung schätzt der Bericht wie folgt: Der Anteil der Konzernölmühlen bei den einzelnen Saatartern betrug bei Erdnüssen rund 70 Prozent, bei Kopro rund 75 Prozent, bei Leinöl rund 20 Prozent, bei Sojabohnen rund 15 Prozent und bei Palmkernen rund 48 Prozent. Die Zahlen zeigen, daß die Konzerne vorwiegend Saaten mit höherem Ölgehalt verarbeiten. An der Sojabohne sind sie nur in ganz geringem Umfange beteiligt. Die Konzernölmühlen stellen rund 48 Prozent der Rohölmengen her. Da die Konzernölmühlen vorwiegend reichhaltige Rohstoffe verarbeiten, sind sie bei der Kuchenproduktion nur mit 37 Prozent beteiligt. Der größte Teil der deutschen Fetthärtungsanlagen befindet sich in den Händen der Konzerne.

In der Vorkriegszeit waren die Konzerne nur in der Margarineindustrie vertreten. Jeder Konzern hatte sieben Margarinefabriken, also insgesamt 14. Schon vor dem Kriege hatte das Eindringen der Margarinekonzerne in die Blindindustrie indirekt eingeleitet. Die Ölfabriken gehörten den Konzernen noch nicht, aber sie schlugen gegen Schlaglohnverträge Öl für die Konzerne. Das führte allmählich zu einer festen Bindung. Durch den Krieg wurde der Einfluß der Konzerne stark gestärkt. Als große Abnehmer erhielten sie immer mehr Einfluß auf die Blindindustrie, schließlich wurden Beteiligungen an Ölfabriken erworben und letzten Endes Ölfabriken ganz in Besitz genommen.

Über die Entstehungsgeschichte der heutigen „Union“ enthält der Bericht interessante Feststellungen. Man erfährt, daß sich die Konzerne Jürgens u. Prinzen und van den Bergh eigentlich zusammengeschlossen haben. Jürgens führte gegen van den Bergh einen großen Prozeß, der von 1901 bis 1906 dauerte und dann zugunsten van den Berghs entschieden wurde. Nach Beilegung dieses Prozesses kam es zwischen beiden zu einer Verständigung über Gewinnpoolung. Aber auch diese Verständigung gab zu zahlreichen Klagen Veranlassung, bis schließlich beide Konzerne sich in der „Union“ zusammenschlossen und eine Reihe kleinerer weiterer Konzerne in sich aufnahmen. Es wird nun dauernd behauptet, daß die Konzern-

betriebe durchaus selbständig seien. Auf die direkte Frage des Vorstehenden, wer über die Stilllegung von Betrieben entscheidet, antwortete der Konzernsachverständige: „Die Union“. Darauf sagt der Vorstehende: „Das ist das Entscheidende. Man kann demnach sagen, daß es sich jetzt um ein Gebilde handelt. Das wird für die Folge Konsequenzen haben. Es ist nicht anzunehmen, daß alles so fortgeführt wird, wie es bisher gewesen ist.“ Die Dinge liegen demnach so, daß die Betriebe bei der Produktion eine gewisse Selbständigkeit haben. Soll aber entschieden werden, ob der Betrieb überhaupt weiterarbeitet, dann entscheidet die Spitzenorganisation.

Im Sommer 1929 erfolgte der Zusammenschluß der „Union“ mit dem Seifenkonzern Lever-Brothers. Vorher war die „Union“ mit diesem Konzern bereits zusammen im Waltran-einkaufskartell. Die Zusammenarbeit führte auch hier zur Verschmelzung. Bei den Beratungen wurde wiederholt die Kapitalkraft der Union-Lever gestreift. Das Bild war damals wenig übersichtlich. Inzwischen ist von einem der Leiter der Union-Lever das Gesamtkapital des Trustes auf über 2,3 Milliarden Mark angegeben. Es handelt sich hier also um ein Trustgebilde, das in der Weltwirtschaft nicht allzu oft vorkommt. Die „Union“ zählte vor der Verschmelzung mit dem Leverkonzern ungefähr 400 Betriebe. Auf die einzelnen Staaten verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

Die „Union“ hat Betriebe in:

Staat	Ölfabriken	Margarinefabr.	Sonstige Unternehmungen
Deutschland*	15	25	—
Holland	4	9	32
England	3	7	10
Belgien	—	1	4
Tschechoslowakei	3	—	2
Österreich	—	—	3
Ungarn	—	1	1
Südslawien	—	—	1
Danzig	—	1	—
Schweden	—	5	2
Norwegen	—	2	—
Dänemark	—	5	—
Finnland	—	1	—

Die Zahlen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da eine dauernde Verschiebung stattfindet. Sie zeigen aber den großen Einfluß, den die Union-Lever, namentlich in Deutschland in der Öl- und Margarineindustrie, hat. Dann wird im Bericht die Lage einiger Ölmühlen besonders besprochen. Es wird betont, daß die Steffiner Werke, W., eine Sonderstellung einnehmen, weil sie fast nur Sojabohnen verarbeiten. Außerdem ist hier ebenfalls ausländisches Kapital stark beteiligt. Das gleiche traf für die „Leutonia“ zu; diese stand stark unter dänischem Einfluß. An der „Leutonia“ waren 14 Firmen aus der Margarineindustrie beteiligt, die zum Teil später Anschluß an den Konzern in Form von Lieferungsverträgen gesucht haben. Wo noch kleine Ölmühlen bestehen, können sie sich nur dadurch halten, daß sie Spezialprodukte herstellen, die zum Teil im Hausierhandel abgesetzt werden.

Die Fracht für Rohstoffe, die in erster Linie auf dem Wasserwege vom Auslande bezogen werden, spielt eine erhebliche Rolle. Daher konzentriert sich die Blindindustrie immer mehr nach den Hafenplätzen oder an großen Binnenwasserstraßen. Ölmühlen, die sich abseits von diesen großen Verkehrswegen noch halten, können dieses auf Grund besonderer Absatzverhältnisse. Die Verteilung der Arbeiterzahl zeigt eine starke Konzentration. Im Bezirk Hamburg sind 5000 Arbeiter beschäftigt, im rheinischen Bezirk 3100, in Steffin 800, in Bremen 800, in Magdeburg 400. Das sind insgesamt 10 000 Arbeiter. Die übrigen 2000 Arbeiter verteilen sich auf die übrigen Gebiete des Deutschen Reiches. Die Blindindustrie ist also stark frachtmäßig orientiert. Mit einer kurzen Betrachtung über die besondere Lage der östlichen Ölmühlen wird dieses Kapitel dann abgeschlossen. Auf die weiteren Produktionsbedingungen usw. kommen wir in einem nächsten Artikel zurück. E. Senkfeil.

* In Deutschland sind außerdem noch 10 Margarinefabriken entweder durch Rohstofflieferung, durch Lieferung von Fertigfabrikaten oder Kapitalbeteiligung an die Konzerne gebunden. Von den 25 sonst aufgeführten Margarinefabriken sind 12 Betriebe stillgelegt, ein Betrieb ist nur eine Handelsgesellschaft und ein Betrieb ist Zentrallager, so daß 11 Margarinefabriken arbeiten. Von den 15 Ölfirmen sind drei reine Fettraffinerien, zwei Ölfabriken liegen still.

Verschiedene Industrien

Weihnachten und Spielwarenindustrie.

I.

Weihnachten, das Fest der Freude, rückt näher, und die Läden für Kinderpielzeug füllen sich. Durch glänzende und leuchtende Ausstellungen wird das kaufende Publikum angelockt. Die Kinderherzen erfüllen sich mit Sehnsucht und bangender Lust. Sie können den Tag „Weihnachten“ kaum erwarten, der ihnen Ersehntes bringen soll. Spielsachen vom Weihnachtsmann, dieses sagenumwobenen Greises, der immer noch wie in längst entschwundener Zeit mit seinem großen Sack auf dem Rücken durch den Schnee wafelt. Er ist der alte geliebte. Und was bringt er nicht alles für wunderbare Spielsachen. Wo nimmt er sie her? Wo ist die Werkstätte des Weihnachtsmannes? Wer sind und wie leben die Hersteller der Spielsachen, die ungezählte Hoffnungen vor Weihnachten und unbeschreibliche Freude am Weihnachtstag auslösen? Im nachfolgenden wollen wir einiges über die Werkstätten des Weihnachtsmannes und über die Spielwarenhersteller im Zusammenhang mit Weihnachten niederlegen.

Die deutsche Spielwarenindustrie blickt auf eine jahrhundertlange Entwicklung zurück. Nürnberger Land, Sonneberger Puppen und erzgebirgische Holzspielwaren sind seit alters her bekannt und in der ganzen Welt berühmt. In der neuen Zeit hat sich die deutsche Spielwarenindustrie weit über ihre alten Produktionsstätten ausgedehnt, und Spielwaren werden fast in allen Teilen des Deutschen Reiches hergestellt. Besonders auch in Württemberg, in ganz Thüringen, in Sachsen, Berlin, Brandenburg und anderen Orten.

Die drei Haupt-Spielwarenproduktions-Bezirke sind immer noch Nürnberg, Südhüringen und das Erzgebirge. In Nürnberg werden in der Hauptsache Blech- und Stoffspielwaren

hergestellt, im Erzgebirge Holzspielwaren, in Thüringen kombinierte Spielwaren aus Holz, Blech, Papiermaché, Pappe, Porzellan und anderen Stoffen; Stoffspielwaren und Puppen sowie Altstapfen sind die Spezialitäten. Dazu kommt Christbaumschmuck aus Glas, der Monopolstellung inne hat.

Die Arten der Spielsachen sind recht verschieden. Es wird gute Qualitätsware neben Schund hergestellt. Die Qualitätsware wird in der Regel von den wirtschaftlich Bessergestellten, der Schund aber von den Minderbemittelten gekauft. Es gibt Spielwaren, die so haltbar und solide und in gutem Material gearbeitet sind wie jeder Gebrauchsgegenstand für Erwachsene. Sie sind nichts anderes als eine kleine Kopie ihres großen Vorbildes. Aber leider kann diese Dinge kein Arbeiter kaufen, weil er sie nicht bezahlen kann. Für das Arbeiterkind bleiben die billigen, kitschigen, zerbrechlichen und imitierten Spielsachen, Dinge, die Kindern und Erwachsenen keinen Spaß machen. Den Erwachsenen, weil sie immer Angst haben müssen, daß sie kaputt gehen, und den Kindern, die sie wohl mal anfassen, aber nicht mit ihnen spielen dürfen, weil sie sonst zerbrechen würden. Das kostbare und mühsam verdiente Geld des Arbeiters muß also für Schund zum Fenster hinausgeworfen werden. Nur Einkaufsfreude kann man damit kaufen, wenn es überhaupt zu dieser langt, und die wird noch getrübt durch fortwährende Zweifel, daß die Dinge noch nicht einmal einen Tag halten.

Der wirkliche Zweck wird mit dem angekauften billigen Spielzeug nicht immer erreicht, weil diesem Spielzeug der notwendige Inhalt zur geistigen Anregung fehlt. Selbst bei einer so geringfügigen Angelegenheit wie dem Kinderpielzeug, zeigt sich die Klassenscheidung der kapitalistischen Gesellschaft.

Das Kind der wirtschaftlich bessergestellten Eltern wird haltbare Spielsachen bekommen, wie Stabilbaukasten und andere gute Blech-, Holz- und Stoffspielwaren, dazu mechanische Spielsachen, die gleichzeitig Lernmittel sein können. Anders das Kind des minderbemittelten Arbeiters. Da gibt es billige Autos, Eisenbahnen, Wagen und Scherzartikel, die man aufdrehen kann, die durch einen Mechanismus selbstständig laufen — aber auf einmal übergedreht sind, sich schnell verbiegen und dann zum alten Eisen geworfen werden können. Bemalte oder beklebte aus allem möglichen Material hergestellte Puppen sind so zerbrechlich, daß sie oft vom bloßen Anfassen aus dem Leim gehen. Blechuhren mit Papierzifferblatt und andere Dinge dieser Art, die etwas vorkäufchen, was sie nicht sind. Stofftiere ganz niedriger Qualität und ähnliches.

Wenige der kaufenden Eltern und der beschenkten Kinder werden zu Weihnachten an die Lebensweise derjenigen denken, die die Spielsachen für sie hergestellt haben. Die in der Spielwarenindustrie tätigen Personen und Familien, denn die Spielwarenindustrie ist zum großen Teile Heimarbeiter, leben in ärmlichen Verhältnissen. Allerdings gibt es Unterschiede. Wo die Spielwaren im Fabrikbetrieb hergestellt werden, wie im Bezirk Nürnberg und einigen anderen Städten Deutschlands, ist die Ausbeutung der Arbeiter nicht so groß wie in den Gebieten, in denen neben Betriebsarbeit auch Heimarbeiter verrichtet wird. Das sind die Gebiete Südhüringen, das Erzgebirge und zum Teil auch Württemberg.

Die größte Werkstätte des Weihnachtsmannes ist Südhüringen. Sonneberg ist der Mittelpunkt der südhüringischen Spielwarenindustrie. Von da reichen die Verbindungsäden mit den Kleinfabrikanten und Heimarbeitern in die gesamte Umgebung. Von Sonneberg aus wird die Bevölkerung, die in der Spielwarenindustrie tätig ist, beschäftigt, teilweise in Betrieben, zum großen Teil in der Heimindustrie. Die Arbeit wird in der Regel nach Tarif entlohnt. In der Betriebsarbeit wird der Tariflohn auch gezahlt. Anders in der Heimarbeit. Da werden zum großen Teil die Tariflöhne umgangen. Der Verleger gibt in erster Linie demjenigen Aufträge, der sich seinem Preisdiktat fügt. Wer am Tarif festhält, bekommt nur wenig Arbeit, es sei denn, der Heimarbeiter ist Qualitätsarbeiter. In solchen Fällen ist das Preisdiktat der Verleger nicht wirksam.

Nicht das ganze Jahr hindurch hatten die Spielwarenarbeiter und -arbeiterinnen in den letzten Jahren Beschäftigung. Die meisten Spielwarenheimarbeiter im Kreise Sonneberg waren von 1927 an 20 bis 30 Wochen jährlich erwerbslos. Diese Erwerbslosigkeit hat sich im Jahre 1930 noch erhöht, so daß diejenigen, die für Weihnachten anderen Menschen Freude bereiten heißen, selbst ein freudloses Dasein fristen. Gerade in der Zeit um Weihnachten herrscht in den Spielwarenproduktionsbezirken die allergrößte Not, weil Weihnachten die Zeit der allgemeinen und immer wiederkehrenden Erwerbslosigkeit ist. In der Regel hört 14 Tage vor Weihnachten die Spielwarenproduktion auf, und nur solche Betriebe, die Karneval- und Osterartikel neben Weihnachtsartikeln machen, haben auch in der Zeit um Weihnachten herum zu arbeiten. Aber das ist nur ein verhältnismäßig kleiner Teil Spielwarenarbeiter.

Die Löhne in der Spielwarenindustrie sind verschieden. Die Entlohnung der Betriebsarbeiter ist der Entlohnung der Arbeiter aus anderen Industrien angepaßt. Die Löhne der Heimarbeiter stehen zu diesen Löhnen in keinem Verhältnis. Es gibt noch Stundenlöhne von 15, 20 und 25 Pf. für erwachsene männliche Personen in der Heimarbeit. Um etwas mehr zu verdienen, wird in solchen Fällen in der überlangen Arbeitszeit ein Ausweg gesucht. Frau und Kinder werden zur Arbeit herangezogen; die tägliche Arbeitszeit erreicht in der Zeit des stoffen Geschäftsganges (Sommer bis zum Spätherbst) an manchen Tagen bis zu 18 Stunden. Ab und zu wird auch nachts durchgearbeitet, so daß mancher Heimarbeiter mit seiner Familie über 24 Stunden ununterbrochen tätig ist. Ein solches Leben führt zur körperlichen und geistigen Verelendung. Und trotz dieser Lasten versuchen die Verleger noch weiteren Lohndruck.

Die Spielwarenheimarbeiter wohnen meist sehr schlecht. Es gibt kaum eine Familie, in der jedes Familienmitglied sein Bett für sich hat. Zwei Personen schlafen fast überall zusammen, vielfach auch drei. Früher war es noch schlimmer. Arbeits-, Wohnraum und Küche sind meist in einem Raum zusammengedrängt. Die gesamte Familie schläft häufig in einem Raum beisammen. Daraus entwickeln sich Zustände wie bei den polnischen Bauern.

Ihr Verantwortlichen, macht Schluß mit dem Lohndruck!
S. G. Klein.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Das Totenlied.

Von Alexander von Sacher-Masoch.

Auf dem Schindanger baumelte der Leichnam des Besjarenkönigs Joseph Kandula vom Gerüst nieder. Von drüben, aus der Mörderkammer, kamen, mit dem Winde wechselnd, starke Klänge, die aus der Geige des Zigeuners Piderka, genannt die „Maus“, stammten.

Der Wind aber kam von sehr viel weiter. Irgendwo im Südoft hatte er in der Kette der Karpathen einen Riß gefunden, dort blies er in das Ungarland hinein. Er schnaufte daher durch Siebenbürgen, gewidrig rollend, überschlug sich dann lächerlicherweise in den Weiden des Lemesufers zu hohen Fichteltönen und brauste, nunmehr ganz ungehemmt, über die große Tiefebene.

Der Galgen — es war ein altes vielgedientes Stück — knarrte, und Joseph Kandula schlenkerte noch im Tode mit den Beinen, und sein Körper schwippte so hin und her, daß, wenn der Mond gerade zwischen zwei Wolken hindurchsaß, das Weiße seiner Augen wie lebend erglänzte.

Das war eine unruhige, fiebernde Nacht. Auch der Mond hatte ein ungesund, rotes Leuchten, die Wolken flogen wie große, wunderbar geformte Kähe dahin, in welchen geisterhafte Fichtentier über den Himmel fuhren. Etwas weiter westwärts lag ein dunkler Strich, das Steppendorf schlafend. Nur ein vereinzeltes Licht glimm herüber, vermutlich aus dem Schulhause, wo der langhaarige, bleiche Schulmeister, der im geheimen so ein verdammter Poet war, sicher noch Verse machte.

Am Mitternacht verstummte in der Mörderkammer die Fiedel; ein großes Schreien, Poltern und Krachen hob an. Dann flog mit einem Knall die Tür auf, und von Flächen und groben Verwünschungen begleitet, rollte eine schwarze Gestalt den Gang hinunter und blieb unbeweglich im Graben liegen. Dann wurde die Tür geschlossen, und alles fiel in das frühere Schweigen zurück, nur der Wind sang stetig, und Joseph Kandula schlenkerte mit den Beinen. Gegen ein Uhr trat Windstille ein.

Michael Pozna aber sah die ganze Zeit über im Schatten der großen Ulme und starrte aufwärts, wo die Konturen des Gehens sich sich vom Nachthimmel abhoben. Von Zeit zu Zeit strich er die dichten Strahlen seines grauen Saars aus dem Gesicht, weil es ihm über die Augen fiel, wenn er sich vorneigte, um die Pfeife anzuklopfen oder neuen Tabak aufzulegen.

— Du — du — machte er nach einer Weile, — da hängt du nun... Und um irgendwie Antwort zu geben, kam noch ein leiser Windstoß über die Steppe, und Joseph Kandula pendelte leicht hin und her.

„Weiß Gott, wir wußten's ja beide, daß es einmal so kommen muß — weiß Gott.“

Und Michael Pozna, der Besatz und Räuber, Kandulas einziger Geselle und Vertrauter, spuckte den bitteren Tabaksaft grimmig vor sich hin.

„Weiß Gott, der Landrichter war daran schuld, Herr, der verfluchte Landrichter. Damit hat es begonnen. Denn es ist ja wahr, daß er das arme Volk bedrückte, den Bauern das Letzte stahl aus der Tasche und die Weiber dazu. Ich weiß noch gut, wie wir ihn bei deiner Juch fanden, die er sich gefügig machte durch Drohungen. Ja, Herr, ich weiß noch, wie du bei uns standest auf dem Mangel von Alfala, damals nachts. Finster war diese Nacht, so daß wir keine drei Schritte weit sehen konnten, aber dein Anblick leuchtete democh weiß vor Jörn. Sturm war in jener Nacht, daß wir unter eigenes Wort kaum verstanden. Aber deine Stimme haßte sich democh in uns ein wie ein eiserner Anker und zog uns vorwärts. Du standest vor uns, und wir hörten dein heiseres Lachen: Ein rändiger Hand hat sich in meinen Garten verirrt, Jungens, sagtest du, hörst ihr's, ein rändiger Bluthund.“

Wir hören dich, Joseph Kandula, sagten wir, alle sagten es, beim Leuzell. Wir hören dich.

Und es lief manchen von uns kalt über den Rücken, als wir des Kreuz zusammenknagelten im Berekwald. Denn wir folgten dir gern, Herr, du warst uns ein guter Führer gewesen, immer. Keiner kam dir darin gleich, die Gendarmen zu täuschen und gute Beute zu wickeln, aber unsere Hände waren stets rein von Blut gewesen bis zu jenem Tage. Und auch du, Herr, war es doch von jeher dein Stolz, den Armen zu geben, was du den geizigen Schmerbäuchen abjagtest mit Eiß. Wenn's darauf ankam — je nun, mit Gewalt. Kammen dich doch alle König der Steppe, und die Bedrängten segneten deinen Namen.

„Weißt du's noch, wie wir dem dicken Herrn von Somari die Braut sahen und einen Bejantiel in das Brautbett legten und ihn selbst oben drauf? Und wie du und ich ihrem Liebsten, der ein armer Leuzell, Gott weiß, ein sehr armer Leuzell war, noch zur selben Stunde einen Saß voll Goldes brachten und den Pfarrer dazu? Und der Pfarrer, ein guter Herr, kamte dich, Joseph Kandula, und wußte, daß kein Tag war in deinem Herzen. Aber der Herr von Somari war ein mächtiger Mann und seine Befehle lagen in drei Kamraten verheert. Und der geistliche Herr hatte Faragi vor dem Herrn von Somari.“

Doch du, mein Herr, lachtest nur, und es war ein herzliches, freies Lachen damals, und riefest mir zu: Michael, riefst du, alter Hansbold, heb doch die Stimme etwas höher, damit dem Herrn Pfarrer die Garpeln vergehen! Und da kamte er doch nicht anders und segnete die beiden.

Das war früher — das war eine schöne Zeit. Aber später, lieber Herr, später ist es anders geworden. Es war, als ob der Teufel in dich gefahren wäre, an jenem Tage, als wir den Landrichter bei deinem Mädchen fanden. Viel Blut forderte deine teuflische Befehle, viel Blut. Und wir hielten zu dir, Joseph Kandula, werden Mörder und anderer Ehre ledig, und sie jagten uns, einen nach dem anderen, bis nur wir beide übrig waren, du und ich.

Und da hängt du nun... Und Michael Pozna, dem die Gendarmen auf den Fersen waren, und der verriet unter der großen Ulme sah, schaute leise vor sich hin.

Die Wästelte hielt an, da geschah etwas.

Aus der Mörderkammer der Mörderkammer, die schon friedlich und mit schwarzen Fäden schlafend lag, kamen Schritte. Ungeheuer Schritte. Michael Pozna spritzte die Ohren. Er richtete sich leise auf, um im Lichte sein Pferd erschrecken und fliehen zu lassen.

Es war eine dunkle Gestalt, und sie blieb unweit des Galgens stehen und lugte ängstlich nach allen Seiten aus. Als sie niemand sah und anmachte, eilte sie fort, wandte sich die Gestalt dem Galgen zu und jag tief den Hut.

Der Mond war einige Zeit über verdeckt hinter Wolkenwänden gelegen, jetzt aber lästete er die Schleier und überstrahlte die Ebene mit seinem Glanz.

„Piderka“, murmelte Michael Pozna freudig überrascht. „So hat er doch Wort gehalten.“ Und vergessene Bilder ließen vor ihm auf. Es war Piderka war so gewesen: Vor Jahren einmal kam Joseph Kandula den Zigeunern zerschlagen und krank am Wegrand liegend. Mächtig Hunger plagte den Armen. Spiel, „Maus“, sagten die Leute zu ihm, wenn er ein Brot hat. Piderka aber konnte nicht spielen, denn starke Schmerzen wühlten in seiner Brust, daß er glaubte, gleich sterben zu müssen.

Da war es, daß Joseph Kandula auf seinem Erpedien dahergelappt kam, stolz und aufrecht wie ein richtiger König. Und Piderka machte nur so eine unbehagliche Bewegung mit den Händen. Und schon fiel ein Beutel mit klügender Mäuse vor seine Füße hin. Und Piderka warf sich in den Staub vor dem mächtigen Besjaren und sagte: Herr, was soll ich tun, der du danken? — — — Aber der Hufschlag klug schon aus der Ferne. Und aus der Ferne klang auch die Glanzstimme Joseph Kandulas und sein

Schau, schau, nun hat er Wort gehalten, dachte Michael Pozna und stützte den Kopf in die Hände, um besser hören zu können. Piderka aber, der Zigeuner, der den Betrunknen Nacht für Nacht aufspielte in der Mörderkammer, und den sie stets, wenn der Rausch seinen Höhepunkt erreicht hatte, als Tarnungswort, daß er in den Graben kollerte, Piderka begann seine Geige zu stimmen.

Der Mond war wieder verschwand, aber die Windstille dauerte an. Joseph Kandula hing regungslos am Galgen.

Und da erklangen leise, leise die ersten Klänge des Totenliedes, das so alt ist wie die Steppe, und das Piderka von seinem Vater gelernt hatte, weil es in seiner Familie als ein wertvolles Vermächtnis weitergegeben wurde von den Vätern an die Söhne.

Zu Beginn war es schüchtern und klang wie Aufe aus der Ferne. Dann aber ergriff ihn dieses Lied, das er einem Mann aufspielte, dem sein Herz gehörte, und dem er, der die menschlichen Gesetze als Angehöriger einer ausgeföhrenen und verdachten Rasse nur von der Kehre her kannte, verehrt hatte wie einen Helden. Und das Totenlied war das Lied der Steppe.



Piderka, der Zigeuner, erzählte seinem Helden, was seine Väter und Großväter ihren Helden erzählt hatten: Wie grenzenlos die Ebene ist, wie aber fern an ihrem Rande irgendwo der liebe Gott der Christen sitzt und auf den geheuten, müden Besjaren wartet, mit einem milden Lächeln und mit offenen Armen.

Und dieser Piderka war sehr einfältig, daß er so etwas spielte, denn Joseph Kandula war ein rüchloser Mörder, der mehr auf dem Gewissen hatte, als zehn Weisliche hätten verzeihen können.

Aber Piderka war nur ein Zigeuner, und jener Gehens war das Ideal seines Lebens, dieses verprügelt, von sehr wenig Freuden erhellen Lebens — und darum war er gekommen, sein Wort einzulösen, obgleich er auch heute sehr hungrig war und drei schwarze, schreiende Rangen dabei auf ihn und auf Brot warteten.

Und Piderka, die „Maus“, ließ den Hut, verneigte sich richtig und sagte ordnungsgemäß: Küß die Hand, gnädiger Herr.

Das Totenlied war ein seltsames Lied. Und ein seltsames Lied war es. Denn niemals spielte es ein More einem Lebenden auf. Und so kam es, daß unter der großen Ulme ein altes Besjarenherz in Schmerz und Dankbarkeit erbeute und ein schwerer Beutel voll Gold durch die Luft gesaßt kam und vor Piderkas Füße niederfiel. Und Piderka dachte nichts anderes, als daß der Tote ihn auf diese Weise belohnen wollte für sein Spiel. Und er hob die Augen zu dem Gehens, was er bis jetzt ängstlich vermieden hatte, — war er doch ein großer Herr, ein Held.

„Herr“, sagte er, und sein Rücken krümmte sich wie immer, wenn er mit großen Herren sprach, „ich habe es nicht darum getan. Es war meine Pflicht, Herr, entsinnst du dich noch?“

Aber der Tote hing regungslos und rührte sich nicht. „Herr“, sagte Piderka, „wohl habe ich so ein paar hungrige Rangen dabei, soll ich es also nehmen?“

Und da fuhr mit einem Mal ein Windstoß über die Ebene, daß die Bäume sich ätzend vorüber neigten, und Joseph Kandula schlenkerte mit den Beinen, und es war, als nickte er mit dem Kopfe.

Bei Blohm & Voß.

Den folgenden Abschnitt entnehmen wir dem im „Bäckerkreis“, Berlin SW 61, erschienenen Buch „Ans der Art geschlagen“ von A. Scharer. Dieser überaus fesselnd geschriebene „Reisebericht eines Arbeiters“ behandelt neben zahlreichen abenteuerlichen Erlebnissen auf der Landstraße insbesondere auch die sozialen Verhältnisse der Vorkriegszeit. Preis 4,50 Mark.

Es klingelt zur Mittagspause. Das Carren der Maschinen verstaumt, die Kranführer steigen herunter, das Konzert der Luft-hämmer auf den Helgen klingt ab. Die Kammer fällt sich. Eine ganze Portion Mittagessen kostet sechzig Pfennig, eine halbe — Gemüse und Kartoffeln ohne Fett und Fleisch — zwanzig Pfennig. Die meisten Arbeiter essen mit schwüßigen Händen eine „halbe“ Portion oder auch zwei „halbe“, das macht dann auch eine „ganze Kraft“ und ist bedeutend billiger. Die Dock-, Hof- und sonstigen Hilfsarbeiter sitzen in Gruppen in der Baracke und geben der Weltfirma für die halben und ganzen Portionen, für Bier, Zigaretten und für die „Hamburger Butterbrote“ mit dem Margarineanstrich — dann, als wären die Schnecken darüber gekrochen — die Groschen hin, die sie einige Tage vor dem erhielten.

Es klingelt vor neuem — und die Riesenbaracke leert sich wieder. Die Meister stürzen aus den Glasfronten, die Anseher auf den Aborten beziehen ihre Posten wieder. Jeder bewacht zwei lange Reihen offener Aborte. Wer ranscht, wird erlassen.

Der Tag ist lang; die Akkordarbeiter liegen trotzdem wie an die Maschinen geschmiedet über ihrer Arbeit. Die angelernten Arbeiter arbeiten für vierzig bis fünfzig Pfennig Stundenlohn, manche im Kolonnenakkord von wochenlangem Dauer. Ehe sie einige Mark überständig bekommen, haben sie schon wieder Hunderte von Stunden stehen, sind nicht nur „Gläubiger“ der Firma, indem sie stets drei Tage später den verdienten Lohn, sondern auch indem sie immer einige Monate später ihren „Akkordverdienst“ bekommen — wenn der Schieber ihre Stunden nicht auf eine „verloste“ Arbeit läßt. Eine „verloste“ Arbeit

läuft immer nebenher, um die bestrafen zu können, die nicht gut angeführten stehen, und um den „Stamm“ durch diese Korruption bei der Stange zu halten.

Hunderte werden täglich vermittelt und Hunderte hören auf, ob einer einen Tag, ein Jahr, ein Menschenalter bei der Firma Blohm & Voß arbeitete. Wenn die lebendige Frucht des Abends und des Morgens durch die Riesenfahrtröhre des Hamburger Elbtunnels verpackt und auf der anderen Seite wieder aus Tageslicht befördert wird, steht ein Prolet dem anderen ähnlich, wie ein Soldat dem anderen. In der „Kaffeeklappe“ vor dem Tunnel schlucken sie überhundert ihre Sülze und Bratkartoffeln oder sonstigen spärlichen Imbiß an dreißigen Tischen hinunter. Der Kapitalismus füttert die Proleten, aus deren Mark er sein Gold münzt, lange nicht mit der Sorgfalt wie ein Bauer an den Saß. Wenn sie an den Zahlagen aus den Kneipen grüßen, auf St. Pauli von den billigen Weibern erwartet werden oder dem Couplet einer halbverhungerten Sängerin jubeln:

„Wi sind de Kefel, Kefelklopper,
Wi arbeit' dröm bi Blom & Voß,
Jo, wi got immer bei und propper,
Kauf Swarten und heft bannig Doß!“

— was ist das anderes als der krampfhafteste Versuch, von den Freuden dieser schönsten aller Welten ein Zippelchen zu erhaschen. Die Prostituierten in der „Kleinen Freiheit“, die die Proleten anlocken, tun dasselbe wie Tausende von Lokalbesitzern, deren Groschenorchester durch schlimmerer Schläger zum Saufen animieren, nur mit dem Unterschied, daß die Prostituierten nur Ausbeutungsobjekte in den Händen gutgeführter Bürger sind, während die Lokalbesitzer alles selbst in die Tasche stecken.

Der Seemann, der, von monatelanger, jahrelanger Entbehrung geblendet, den Parasiten den Lohn für diese Monate in den Rücken wirft, sieht nicht, daß die „Freude“, mit der er empfangen wird, zum Handwerk der Diebe gehört. Wenn er einige Tage später darum besteln muß, ihm schlechtes Essen doppelt anzukreiden, spielt man ihn auf: „Was nützt denn dem Seemann sein Geld, wenn er damit ins Wasser fällt.“ Er sucht sich ein anderes Schiff, und seine Braut und sein Bett stehen bereit, den neuen Gast zu neppen.

Die verlogene Lyrik, die über St. Pauli mit seiner Reeperbahn, über dem schönen Hamburg an der schönen Ufer schwimmt, ist der Wehrhuch über der schamlosesten Ausbeutung der geistig und physisch geknebelten Lohnsklaven.

Der durch bittere Erfahrungen gewichtigte Fremde widersteht leichter den billigen Verlockungen. Schon die Frage eines „möblierten Zimmers“ wird zu einem Problem. Auch hier sind Seeleute sehr bevorzugt. Sie kommen, zahlen für eine Woche und verschwinden oft schon nach zwei Tagen wieder. Es ist keine Seltenheit, daß ein Zimmer in einer Woche dreimal vermietet wird.

Kultur.

„Es war einmal“, als man den hilflos Schwachen, Ob alt, ob krank, dem sicheren Tode weihte. Zeit der Barbaren nennt es die Geschichte Und rühmt, wie weit wir heute vorgeschritten; Daß jetzt in allen kultivierten Staaten Für Arbeitslose, Kinder, Alte, Kranke Gesorgt wird bis zu ihrem Lebensende. Doch fragt mich nicht, warum die Menschen sterben. Wie viele ungezählte Menschenkinder Den Tod sich wünschen, um Erlösung bitten, Weil hoffnungslos sie fragen ihre Leiden, Ein Stein des Anstoßes, für sich selbst und andre. Warum die Kinder schon im Mutterleibe Dem frühen Untergang sind preisgegeben. Man muß sie wahrlich noch darum beneiden; Denn besser wär's, man wäre nicht geboren. Was harret denn unser? Fragt doch eure Östler. Muß ihre Antwort nicht wie Hohn erklingen? „Wer hier besitzt, kann über andre herrschen.“ Und wehe euch, wer nicht die Schranken achtet. All das, was zählt zu der enterbten Masse, Muß ohne Rettung sich dem Wahrspruch beugen. Das ist Kultur, ein Segen für die Reichen. Mag Pesthauch auch die Lüste giftig schwängern. Denn nur in diesen frühen Nebelschwaden Kann Lüge, Habgucht, Haß und Neid gedeihen. Beengt der Blick, gehemmt durch Vorurteile. Wann endlich wird der Mensch die Fesseln sprengen? Solang der Wahn den Menschengeist umnachtet Und Hilfe heischend von den Gottgewalten, Ist nie und nimmer Rettung zu erwarten; Der Mensch allein kann nur den Menschen helfen Im Kampf ums Sein auf dieser Mutter Erde. Es müssen die Enterbten fest zusammenhalten, Vertrauen nur auf ihre eigene Stärke. Ein Feind dem Feind, dem Freunde ew'ge Treue. Der Freiheit unser Sein; der Knechtschaft nur Verachtung. So werden wir des Feindes spotten, In Einigkeit mit der Entwicklung schreiten. Dann kommen wird die Menschen bessere Zeiten. Karl Jirschick.

Humoristische Ecke.

Naturkunde.

„Welcher Fisch gibt uns Öl?“
„Die Hildarine, Herr Lehrer!“

Darum also.

„Ah, es ist entsetzlich, wie stupide manchmal die Kirchenbesucher dastehen“, sagte ein eingebildeter junger Geistlicher. „Heute morgen glaubte ich wirklich in einer Versammlung von Eiern zu predigen.“
„So, so“, sagte ein Zuhörer, „nun verstehe ich auch, warum Sie die Gemeindeglieder mit „Geliebte Brüder und Schwestern“ anredeten.“

Reharde.

„Ja, und das Festessen war in einem Saale, der so hoch war, daß man die Decke nur mit einem Fernglas sehen konnte.“
„Na und? Unser Festessen war in einem Zimmer, das war so niedrig, daß wir nur Kartoffelpuffer und Eierkuchen essen konnten.“

Nicht möglich.

Doktor: „Sie sind mit Ihren Nerven gänzlich herunter und brauchen vollkommene Ruhe. Vor allem müssen Sie alle Kopfarbeit vermeiden.“
Patient: „Aber das geht ja nicht. Ich bin doch Freier.“

Er steht nicht so aus.

Willi kommt mit zerrissenem Anzug, beschmutzten Schuhen, wirrem Haar und bläulicher Nase nach Hause. „Aber Willi“, ruft die Mutter entsetzt, „ich habe dir doch schon so oft gesagt, daß du mit diesen Straßenspielen nicht spielen sollst. Warum warst du denn nun wieder ungehorsam?“ „Aber Mama“, entgegnete Willi, indem er sich seine blutende Nase abwischt, „sehe ich vielleicht so aus, als ob ich mit den Straßenspielen gespielt hätte?“